

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfersstraße 28, I.

Nr. 23.

Hamburg, den 9. Juni 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Zum Krankentassenwesen. — Die Lünfte des Mittelalters. — Die Arbeiterversicherung und die „humanen“ Baugewerksmeister. — Berichte. — Protokoll vom 6. thüringischen Verbandstag. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Literarisches. — Quittung der Hauptkasse des Verbandes. — Bekanntmachungen der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. — Versammlungsanzeigen. — Briefkasten der Redaktion. — Anzeigen. — Verlehrslokale. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten von **Barth i. B., Danzig** und in **Glensburg** vom Platz Rissen.

Zum Krankentassenwesen.

III.

Will man für die Krankentassen etwas Ersprießliches schaffen, so möge man den Zwangskassen so bald als möglich den Rücken kehren und für die freien Hilfskassen unter freier Verwaltung der Arbeiter, ohne Bevormundung der Arbeitgeber, eintreten.

Halte man an dem Grundsatz fest, daß der Staat verpflichtet ist, für die Arbeitsunfähigen, nicht Kranken, zu sorgen, demnach die Kosten für die Alters- und Invalidenversicherung durch den Staat durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden müßten; für die Betriebsunfälle bei der Unfallversicherung muß der Arbeitgeber mit seinem Vermögen eintreten, dagegen für die Krankenversicherung mußte der Arbeiter selbst aufkommen.

Die ganzen drei Geseze sind so durch und miteinander verschwommen, daß es eines wirklichen Studiums erst bedarf, sich zwischen diesem Wulst von Gesezesbestimmungen hindurchzufinden. In welcher Weise die verschiedenen Kassenarten in den einzelnen Bundesstaaten vertreten sind, giebt eine Statistik von 1891 interessanten Aufschluß.

Die Versicherten vertheilten sich am Ende des Berichtsjahres 1891 auf die einzelnen Kassenarten (unter a absolut, unter b von je 100 Versicherten) wie folgt:

	a	1891	1890
Gemeinde-Krankenversicherungen	1 089 506	16,7	(16,7)
Ortskrankentassen	2 685 707	41,1	(40,4)
Betriebskrankentassen	1 707 767	26,1	(26,6)
Baukrankentassen	17 593	0,3	(0,2)
Innungskrankentassen	62 898	1,0	(1,0)
Eingeschriebene Hilfskassen	832 098	12,7	(12,9)
Landesrechtliche Hilfskassen	134 944	2,1	(2,2)

Auf eine Kasse berechnen sich im Durchschnitt im Jahre 1891 329,2 (1890 319,9) Mitglieder. Im Einzelnen kommen auf eine

	Mitglieder im Jahre	1891	1890
Ortskrankentasse	693,6	675,7	
Eingeschriebene Hilfskasse	464,8	441,4	
Landesrechtliche Hilfskasse	311,4	313,8	
Betriebskrankentasse	280,8	276,9	
Baukrankentasse	248,1	266,6	
Innungskrankentasse	169,0	166,2	
Gemeinde-Krankenversicherung	150,9	144,8	

Die männlichen Versicherten überwiegen an Zahl die weiblichen, sowohl überhaupt als auch bei allen einzelnen Kassenarten. Unter den 6 530 513 Versicherten des Jahres 1891 befanden sich 5 471 790 männliche und 1 408 131

weibliche, und es berechneten sich auf 100 männliche Mitglieder weibliche bei den

	1891	1890
Gemeinde-Krankenversicherungen	39,0	(37,0)
Ortskrankentassen	26,7	(25,5)
Betriebskrankentassen	27,6	(27,7)
Baukrankentassen	2,8	(2,2)
Innungskrankentassen	5,3	(6,9)
Eingeschriebene Hilfskassen	8,3	(7,9)
Landesrechtlichen Hilfskassen	23,3	(23,8)
Allen Krankentassen zusammen	25,7	(24,9)

Die Verbreitung der einzelnen Versicherungsarten in den Bundesstaaten ist verschieden. In 12 Staaten überwiegt nach der auf die Kassen entfallenden durchschnittlichen Mitgliederzahl die Versicherung in Ortskrankentassen, nämlich von je 100 Kassenmitgliedern kommen auf die Ortskrankentassen im Jahre 1891 in

Sachsen-Koburg-Gotha	70,2
Schaumburg-Lippe	69,1
Sachsen-Weimar	67,0
Württemberg	55,0
Preußen	52,0
Schwarzburg-Sondershausen	51,2
Reuß, ältere Linie	47,6
Sachsen	46,2
Reuß, jüngere Linie	42,2
Schwarzburg-Rudolstadt	40,3
Mecklenburg-Schwerin	38,8
Oldenburg	32,3

Die Versicherung in der Gemeinde-Krankenversicherung überwiegt in acht Staaten, nämlich in Waldeck (78,9 von 100 Versicherten überhaupt), Mecklenburg-Strelitz (59,7), Bayern (56,6), Baden (39,1), Anhalt (38,1), Sachsen-Mttenburg (34,4), Braunschweig (32,7) und Hessen (29,2).

In vier Staaten, nämlich in Lippe (79,4), Hamburg (72,9), Bremen (50,1) und Lübeck (33,4) gehören die meisten Versicherten den eingeschriebenen Hilfskassen an, in zwei Gebieten, Elsaß-Lothringen (58,9) und dem Herzogthum Sachsen-Meiningen (32,5) den Betriebskrankentassen.

Die Bau-, Innungskrankentassen und die landesrechtlichen Hilfskassen haben im Vergleich zu den anderen Kassenarten in allen Bundesstaaten eine nur geringe Zahl von Versicherten. Die höchsten Zahlen von je 100 Versicherten überhaupt entfallen im Jahre 1891 bei den Baukrankentassen auf Reuß jüngere Linie (2,4), bei den Innungskrankentassen auf Lübeck (9,7) und Mecklenburg-Schwerin (5,0) und bei den auf landesgesetzlichen Vorschriften beruhenden Hilfskassen auf Elsaß-Lothringen (11,0) und Hamburg (8,3).

Es geht unzweifelhaft hieraus hervor, daß die Arbeiter noch lange nicht genügend über die verschiedenen Arten der Krankenversicherung aufgeklärt sind, sonst müßte die Statistik mehr Mitglieder in den freien Hilfskassen aufweisen.

Die Ortskrankentassen gehen meistens über die gesetzlichen Mindestleistungen nicht hinaus, gewähren wirklich einige Kassen über diese Mindestleistungen, so gehen dieselben bei wirtschaftlichen Krisen auch schnell auf das Minimum wieder herunter, weil eine Erhöhung der Beiträge über 3 Prozent des Arbeitsverdienstes nicht stattfinden darf; als Beispiel sei nur die Berliner Ortskrankentasse der Zimmerer erwähnt, welche früher ein ganzes Jahr und Mk. 2 pro Arbeitstag

Unterstützung gewährte, während dieselbe jetzt nur auf die Dauer von 13 Wochen Unterstützung leistet und das Krankengeld von Mk. 2 auf 1,50 pro Arbeitstag herabgesetzt hat.

Das Hauptargument für die Vereinigung der Kassen soll die Verbilligung der Verwaltungskosten sein; abgesehen nun davon, daß die meisten Kassen einen bestimmten Prozentsatz für Verwaltungskosten aussetzen, ist es demnach ganz gleich, ob diesen Prozentsatz 10 oder die doppelte Anzahl Personen beziehen, so daß hierdurch die Kassen in keiner Weise mehr belastet, so trifft dieses in anderer Beziehung auch nicht immer zu.

Vor mir liegt der Bericht der Leipziger Ortskrankentasse für das Jahr 1893, bekanntlich die größte Ortskrankentasse Deutschlands; dieselbe hatte eine Einnahme (worunter Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Ersatzleistung Dritter, sowie sonstige Einnahmen) von Mk. 2 102 514. In der Ausgabe stehen Verwaltungskosten Mk. 152 753, sonstige Ausgaben 34 821, zusammen 187 574. Dieses wären 8,92 Prozent Verwaltungsausgaben; höher stellen sich die Verwaltungskosten in den verschiedenen freien Hilfskassen auch nicht.

Die Zahl der Angestellten betrug am 31. Dezember 1893 151 Personen und zwar 124 Bureaubeamten und Hilfsarbeiter, 12 Einsammler, 14 Krankenbesucher und 1 Aufwärter. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 81 903; es kommt demnach auf 660 Mitglieder ein Bureaubeamter. Legen wir diese Zahl nun bei der angenommenen Zahl von 320 000 Personen zu Grunde, so müßten allein 484 Bureaubeamten angestellt werden, vorausgesetzt, daß die Berliner nicht etwa flotter wie die Leipziger Beamten arbeiten. Auf die 60 Kassen Berlins vertheilt, würde dieses durchschnittlich 8 Beamten ergeben; möge man nun die Zahl der Beamten der 60 Kassen zusammen zählen, ich glaube kaum, daß jede Kasse durchschnittlich vier Beamten beschäftigte.

Ebenso verhält es sich mit der Krankentassekontrolle, es mag ja ohne Weiteres zugegeben werden, daß die Kontrolle am Tage auch ihre Berechtigung hat und manche Ausbeutung seitens der Mitglieder hierdurch verhindert wird, in vielen Fällen wird die Kontrolle wirkungslos bleiben, indem dem Kranken das Ausgehen erlaubt und die Kontrolleure vor verschlossene Thüren kommen.

Die Leipziger Ortskrankentasse gewährt auf 26 Wochen Krankengeld, also das Doppelte der Minimalleistung, trotzdem hat dieselbe im vorigen Jahre 160 Mitglieder ausgesteuert. Es ist damit auch wohl der Irrthum widerlegt, daß Krankentungen über 13 Wochen hinaus nur selten vorkommen.

Es kommt nun noch die Verbilligung der Druckkosten, und darin hat die Kommission vollkommen Recht, bei 60 Kassen könnte 59 mal der Sezerlohn bei Druckarbeiten gespart werden, man möge sich aber auch hierüber keiner Täuschung hingeben, da es bei Bestellung von großen Posten Druckfachen eine bestimmte Grenze giebt, über die hinaus eine Verbilligung nicht mehr möglich, denn wäre die Behauptung richtig: „Je größer eine Bestellung, je billiger wird es,“ so müßten

die letzten Tausende von Exemplaren garnichts mehr kosten. Es muß doch immerhin das Papier, Arbeitslohn usw. in Betracht gezogen werden.

Schreiber dieses, ein entschiedener Anhänger der Zentralisation auf allen Gebieten, muß davor warnen, den Mitgliedern etwas vorzuführen, was durchaus nach dem Vor erwähnten nicht stichhaltig, möge man für die zentralisirten Berufsklassen eintreten und diese durch den seit einigen Jahren geschaffenen Krankenkassenverband in enger Fühlung bleiben, dann wird auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens mit der Zeit etwas Gutes geschaffen werden können. „Prüfet Alles und behaltet das Beste,“ sagt ein altes Sprichwort; möchte man dieses doch beherzigen. Es ist sehr leicht, eine bestehende Organisation zu zerstören, aber sehr schwierig, eine solche wieder aufzubauen. O. N.

Die Künste des Mittelalters.

Von Joh. Sassenbach.

III.

Der Handwerksgehilfe des Mittelalters stand anders da, wie der Handwerker der heutigen Zeit. Die Gesellen der damaligen Zeit konnten mit wenigen Ausnahmen darauf rechnen, einst selbst Meister zu werden. Die Gesellenzeit war demgemäß eine Vorbereitungsperiode; den Nutzen von den erworbenen Kenntnissen erwartete man erst nach dem Meisterwerden. Der Lohn, den der damalige Geselle erhielt, war nicht wie heute ein Einkommen, von dem er voraussichtlich lebenslanglich sich und seine Familie ernähren mußte, sondern nur ein Taschengeld, daß er während der Zeit seiner Ausbildung erhielt. Demgemäß mußte das Verhältnis zwischen Meister und Geselle ein besseres sein wie heute.

Trotzdem haben auch schon damals erbitterte Kämpfe zwischen denselben stattgefunden. Die Ursache war verschieden; öfters richtete sich die Spitze nicht gegen die Meister, sondern gegen die Stadtoberkeit. Die Verhältnisse der Gesellen waren meistens von der Zunft aus genau geordnet; diese Bestimmungen waren theilweise den Gesellen nützlich, theilweise schädlich. Nützlich z. B. war das aus religiösen Motiven hervorgegangene unbedingte Verbot der Sonntagsarbeit, ferner das Verbot von Nachtarbeit und der Einstellung von Frauen und ungelernten Ar-

beitern. Lohn und öfters auch die Kost, die den Gesellen gegeben werden mußte, war von Seiten der Zunft aus bestimmt. Die Arbeitszeit war meistens eine sehr lange; so war die der Tuchsheerer und Scheerenschleifer in Nürnberg von 3 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends festgesetzt, doch ist dabei zu bedenken, daß damals in derselben Zeit weit weniger geleistet wurde wie heute.

Die Lehrlinge und Gesellen standen unter der Gerichtsbarkeit der Zunft, ohne indessen berechnete Genossen zu sein. Sie bildeten daher öfters besondere Vereinigungen für sich und zwar mit Zustimmung der Meister, doch trugen diese Vereinigungen meistens einen religiösen Stempel an sich, und die Pflicht zur Pflege des Interesses der Meister stand obenan. Wir finden solche Gesellenverbrüderungen bei den Bäckergehilfen in Kopenhagen, den Brauerknechten in Hamburg, sowie an anderen Orten. Derters aber widersezten sich die Meister oder die Behörden dem Drang der Gesellen nach Vereinigung und traten mit schweren Strafen dagegen ein; dieses wurde verschiedentlich der Ausgangspunkt langwieriger Streitigkeiten. Die damaligen Gesellen hatten, wie aus Verschiedenem hervorgeht, ein sehr stark entwickeltes Selbstbewußtsein und ließen sich nicht leicht etwas bieten; sie haben, wie aus mittelalterlichen Chroniken hervorgeht, bei mancher Gelegenheit entscheidend eingegriffen, verstanden es meistens aber auch, ihre eigenen Rechte zu wahren.

In früheren Jahren wurde der Geselle Knecht genannt, welche Bezeichnung sich am längsten bei Bäckern, Schlachtern, Müllern und Brennern erhalten hat. Jedoch hatte dieser Ausdruck damals nicht den geringlichfähigen Sinn, der ihm heute anhaftet. Die Bezeichnung Knecht erhielt sich bis zum 19. Jahrhundert, bis die Gesellen dagegen protestirten und namentlich die Schuhknechte zu Nürnberg bei einem Gesellenaufzuge im Jahre 1799 öffentlich erklärten, daß sie von nun an nicht mehr Knechte genannt werden wollten.

Aus Nürnberg haben wir Mittheilung über verschiedene größere Streiks. Im Jahre 1507 hatte die hohe Obrigkeit entbedt, daß die Zirkelschmiedegesellen ein „zünftigt“ Wesen unterhielten, alle vier Wochen in der Schenke zusammenkamen, die Gesellen, welche nicht dazu erschienen, verachteten und bestrafte. Der Rath beschlagnahmte

die schriftliche Ordnung, welche sich die Gesellen gegeben hatten und bestrafte die Wortführer mit acht Tagen Thurm- oder Locharrest und, wie man sagte, nur deshalb so mild, weil die Schulbigen Nürnberger Bürger wären. Dieses führte zu einem Ausstande der Gesellen. Nehrlich erging es im Jahre 1520 mit den Gesellen des Randelgießergewerbes. Hier waren die Meister selbst mit der Bitte an den Rath herangetreten, den Gesellen eine Vereinigung zu gestatten, doch dieser lehnte es ganz entschieden ab. Die Gesellen zogen darauf aus der Stadt und ließen die Meister in großer Bedrängniß zurück. Die Meister wandten sich nochmals an den Rath, doch dieser antwortete, man solle zusehen, daß die abgezogenen Gesellen bis Pfingsten wieder zurückkehrten, wer bis dahin nicht zurückgekehrt, solle auf ewig der Stadt verwiesen sein.

Dieselbe Haltung beobachtete man fast ein Jahrzehnt später gegenüber dem Ausstand der Kehlergesellen. Am 9. März 1529 wurde folgender Beschluß gefaßt: „Nachdem etliche Kehlergesellen von ihren Meistern Urlaub genommen haben aus der Ursache, daß ein Rath jüngst abgelehnt hat, ihnen der Lehrlingen wegen Ordnung zu geben, so ist ertheilt, denselben Gesellen zu sagen, ein Rath habe das Ansinnen abgelehnt und die Meister hätten nicht nur keine Schuld an der Ablehnung, sondern es sei gegen ihren Willen geschehen. Wollen die Gesellen nun zur Stadt hinauszuziehen, so läßt solches ein Rath geschehen, doch sollen sie darnach ihr Leben lang nicht mehr hereinkommen.“ Die Meister werden also vom Rath in Schutz genommen und die Gesellen darüber aufgeklärt, daß nicht jene die Ablehnung verschuldet, sondern sogar das Gegentheil gefordert haben. Diese Angaben weisen darauf hin, daß in der Gesellenschaft ein lebhafter Drang zur Schaffung von Verbänden pulsrte und ihr eine gewisse Machtstellung gegenüber den Meistern zu eigen war. Daß die Stadtoberkeit so oft genöthigt ist, zu der Frage der Arbeiterorganisationen Stellung zu nehmen, und daß sie zuletzt sich veranlaßt sieht, von sich aus Ordnungen zu erlassen, ist ein Zugeständniß an die Gesellen, das sich nur erklärt durch das in diesen sich mächtig regende Gefühl der Zusammengehörigkeit und die beginnende Einsicht in die Klassenlage.

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung)

In Deutschland war der Anarchismus seit den fünfziger Jahren nicht einmal theoretisch erörtert worden; erst 1872 tauchte wieder ein Proudhonist auf, Dr. Arthur Mühlberger (*), der im „Volksstaat“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, Artikel, die anfangs anonym erschienen, über die Wohnungsfrage veröffentlichte, die von Fr. Engels als proudhonistische Kleinbürgerereien widerlegt wurden. (Wie Proudhon die Wohnungsfrage löst.“ Im Separatabdruck erschienen als Heft 13 der „Sozialdemokratischen Bibliothek“, Höttingen-Büch, 1887, unter dem Titel: „Zur Wohnungsfrage.“ Von Friedrich Engels.) Mühlberger's Auftreten blieb ohne jeden weiteren Einfluß.

Gegen das Jahr 1877 traten in Leipzig der Schriftseher Werner (später Medaieur am „Révolté“ in Paris) und unter dem Namen Bernstein der Schriftseher August Reinsdorf aus Pegau bei Leipzig auf und warfen in dortigen Arbeiterversammlungen mit anarchistischen Redensarten um sich. Die Sozialdemokratie trat diesem anarchistischen Spuk so energisch entgegen, daß derselbe nur wenig Anheil unter den dortigen Arbeitern anrichten konnte. Dies wurde aber sehr erschwert und zeitweise zur Unmöglichkeit gemacht nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. Als der 21jährige Klemperergehülfe Max Lehmann, geb. Hödel, gen. Traber, am 11. Mai 1878 und der 30jährige Dr. Karl Nobiling am 2. Juni 1878 ihre Schüsse abgefeuert hatten, war für Bismarck die ersehnte Gelegenheit gekommen, die Sozialistenhege zu beginnen. Gleich nach Hödel's Verhaftung telegraphirte Bismarck von Friedrichshagen an das preussische Ministerium des Innern: „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie.“ Dabei war Hödel nichts als ein geistig zerrütteter Trottel, keineswegs ein ernst zu nehmender Politiker. Außerdem stand fest, daß Hödel am 5. April 1878 wegen Unterschlagung von Abonnementsgeldern als

Kolporteur der sozialdemokratischen Zeitung „Fackel“ in Leipzig öffentlich gebrandmarkt und am 9. Mai von Seiten des sozialistischen Zentralwahlcomités in Leipzig definitiv aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden war; ebenso wurde sofort bekannt, daß Hödel am 29. April 1878 sich als Mitglied der Stöcker'schen christlich-sozialen Arbeiterpartei hatte aufnehmen lassen und im Verhör sich als einen „Anarchisten vom reinsten Wasser“ ausgab. Hödel wurde hingerichtet, obwohl in dem Urtheil des Staatsgerichtshofes zugegeben wird, daß Hödel als ein „geistig wie körperlich zerrütteter Mensch“ zu betrachten sei. Man weigerte sich auch, nach Hödel's Hinrichtung dem Geheuch des Prof. Birchow zu entsprechen, ihm den Kopf des Hingerichteten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen. Der Gerichtshof hatte die Zurechnungsfähigkeit Hödel's ausgesprochen; die Untersuchung Birchow's hätte vielleicht Anhaltspunkte für das Gegentheil ergeben. Obwohl die Anarchisten später feierlich den Hödel als den Ihrigen feierten (Moff hat in der „Freiheit“ gleich nach 1880 angefangen Hödel und Nobiling als „Sozialrevolutionäre“ zu reklamieren), ist dieser doch nicht als ein mit Bewußtsein handelnder Politiker zu betrachten, für den man irgend eine Partei verantwortlich machen kann.

Dem Reichstage ging schon neun Tage nach dem Attentat (am 20. Mai) ein Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Anordnungen zu. Im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten wies bei der Verathung dieses Entwurfes Viehnecht auf die Erbärmlichkeit hin, die dieses Mordattentat „einer Partei aufwätzen wird, die den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig aufsaßt.“ Der Reichstag lehnte den Entwurf mit 243 gegen 60 Stimmen (Konervative und drei nationalliberale Professoren: Beseler, Gneist und Treitschke) ab, trotzdem Bismarck den Kulturkampf-Minister Falk noch rasch entlassen hatte, um das Centrum für sich zu gewinnen. Aber Bismarck brauchte, wie er selbst gehand, einen neuen, schützblüherlich gesinnten Reichstag. Als am 2. Juni Nobiling geschossen hatte, wurde der Reichstag am 11. Juni aufgelöst, weil er das Hödelgesetz nicht angenommen hatte.

Auch für das Attentat Nobiling's kann weder die anarchistische noch die sozialdemokratische Partei verant-

wortlich gemacht werden. Noch kurz vorher hatte Nobiling in nationalliberalen Versammlungen zu Dresden die Sozialdemokratie bekämpft. Da er sich bei seiner Verhaftung durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet hatte, blieb er bis zu seinem am 10. September 1878 erfolgten Tode meist befinnungslos, so daß selbst eins der am schamlosten bei der Sozialistenhege betheiligten Blätter, der „Berliner Börsen Courier“, zugestehen mußte: „Nichts ist ermittelt worden und über Nichts hat man Auskunft erlangen können. Jene Ermittlungen hatten nichts Anderes ergeben als das Eine: daß ein Mensch, voller Eitelkeit, bestrebt, eine That zu thun, die ihn unsterblich machen soll, gewillt, die Welt aus ihren Fugen zu heben durch ein Verbrechen, in der Idee, dieselbe Welt, die er in Verwirrung und Bestürzung setzt, zu beglücken (?) — daß dieser eine Mensch die That allein, ohne Mitwissen Anderer, ohne Mithuldbige, ohne Komplicitanten geplant und ausgeführt hat.“

Gleich nach dem Nobiling'schen Attentat ging die verstärkte Sozialistenhege los, zu der eine Depesche des von Bismarck beeinflussten Wolff'schen Telegraphenbureaus das Signal gab, indem es in alle Welt hinauslog: Nobiling habe in der ersten mit ihm angestellten Vernehmung zugegeben, „Sozialdemokrat zu sein und Mithuldbige zu haben.“ Diese Angaben waren von A bis Z erfunden. In der letzten Zeit hat sich allerdings herausgestellt, wie der sozialdemokratische Abg. Schippel in der Reichstagsitzung vom 15. Dezember 1893 festnagelte, daß Nobiling bei einer Partei mindestens nachträglich Verehrer seiner That gefunden hat und es vielleicht doch wohl überlegte wirtschaftspolitische Gründe waren, die ihn zu seinem Attentat veranlaßten, aber nicht im Interesse der Arbeiter, nicht als Sozialist oder Anarchist, sondern im Interesse der Großgrundbesitzer, die nach Schutzvöllen für Getreide verlangten, während Bismarck damals noch Freihändler war.

1891, nach Abschluß des von den Agrariern bekämpften österreichischen Handelsvertrages, brachte die „Deutsche Landwirtschafts-Ztg.“, die jetzt das Publikationsorgan des Kongresses deutscher Landwirthe, der Steuer- und Wirtschaftsreformer, der deutschen Landwirtschaftspartei, sowie des Bundes der Landwirthe ist, eine ältere wissenschaftliche Arbeit aus dem Jahre 1876, der sie nachrühmte, diese Arbeit habe die damaligen Schäden

*) Arthur Mühlberger, geboren 1847, seit 1873 praktischer Arzt, später Oberarzt in Crailsheim, gab 1893 Proudhon's Werte heraus und veröffentlichte mehrere proudhonistische Schriften.

Einen für die betreffenden Meister empfindlichen Streik hatte Nürnberg im Jahre 1475. Eines der vornehmsten Handwerke war dasjenige der Blechschmiede. Wie nun der Chronist berichtet, war es hergebracht, daß die Gesellen Montags zum Vesperbrot zwei gefottene Eier erhielten. Nun trat aber eine Steuerung ein, indem zwei Eier einen Pfennig kosteten, wohingegen man sonst vier Eier für einen Pfennig erhielt. Die Meister wollten nun die Eier nicht weiter geben, sondern statt dessen einen Käse. Hiermit waren die Gesellen nicht zufrieden und weil die Meister nicht nachgeben wollten, einigten sich die Gesellen untereinander, zogen aus der Stadt, setzten sich in den umliegenden Orten fest und ließen den Nürnberger Meistern keinen Gesellen mehr zukommen, obgleich sich der Rath im Interesse der Meister in's Mittel legte. Da nun keine Gesellen mehr zu haben waren, ging das Geschäft zurück und allmählig zu Grunde. Der letzte Vertreter desselben, der in den Rath ging, starb im Jahre 1543.

Diese von Wurr, Stahl und Anderen mitgetheilte Begebenheit wird, besonders was das Zurückgehen des Gewerbes anbetrifft, von Bruno Schoenlant auf andere Gründe zurückgeführt. Jedenfalls aber sehen wir, daß auch schon damals Arbeiterausstände stattgefunden haben und daß man es auch schon damals verstand, Werkstätten zu sperren und den Zugang von denselben fern zu halten. Trotz dem Verbote scheinen auch Verbindungen zwischen den Gesellen der einzelnen Städte bestanden zu haben. Hatte sich ein Geselle in einer Stadt gegen seine Mitarbeiter unfolglich benommen und den Bestrebungen derselben entgegengearbeitet, so dürfte er überzeugt sein, daß ihm auch anderswo kein freundlicher Empfang bereitet wurde.

Wenn wir die Lohnverhältnisse in's Auge fassen, so erscheinen uns die Sätze sehr gering; doch müssen wir bedenken, daß einerseits der damalige Geldwerth höher war wie heute, man sieht dieses ja schon aus dem angeführten Preise der Eier, und daß andererseits der Lohn den Charakter eines während der Ausbildungszeit gegebenen Taschengeldes hatte. Die Lage eines Gesellen der damaligen Zeit als rosig zu bezeichnen, würde unrichtig sein, doch war dieselbe eher zu ertragen wie heute, da man mit Be-

stimmtheit auf spätere Selbstständigkeit rechnen konnte, was heute nicht mehr der Fall und im allgemeinen auch kein besonderes erstrebenswerthes Ziel ist.

Was sind nun die heutigen Zünfte? Man kann sie ohne Uebertreibung als kraft- und saftlose Gespenster bezeichnen, die umherwandeln und von vergangenen Zeiten erzählen, die den Anschein erwecken wollen, als ob noch Leben in ihnen wäre, die aber nur dann ihre klägliche Rolle spielen können, wenn sie von allen Seiten gestützt werden. Die mittelalterlichen Zünfte waren Kinder ihrer Zeit, sie sind deshalb blühend und mächtig geworden, in die Neuzeit passen sie nicht mehr und können daher nur noch ein Gespensterdasein führen. Die mittelalterlichen Zünfte waren Schutzverbindungen der Arbeit gegen die Arbeit und haben sich als solche wirksam und erfolgreich erwiesen. Gegen die Ueberlegenheit fremder Arbeiter haben sie vortrefflich gebiegt, der drohenden Uebermacht des Kapitals können sie keinen Widerstand mehr leisten. Für diesen Zweck waren sie nicht bestimmt, und mit der bloßen Form ist es nicht gethan.

Wenn eine Bewegung mit solchem Nachdruck von Seiten der Regierung und der ausschlaggebenden Parteien gefördert wird, wie die Innungsbewegung, und trotzdem von Jahr zu Jahr zurückgeht, so kann von einer Lebensfähigkeit nicht mehr gesprochen werden. Daß das Handwerk im Rückgange begriffen ist, wird man unseren Innungsschwärmern gerne glauben, aber ungläubig wird man der Versicherung gegenüberstehen, daß eine Wiedereinführung alter Innungseinrichtungen eine Rückkehr der alten Innungsherrschaft zur Folge haben würde. Ein amerikanischer Großunternehmer, der bekannte Carnegie, bezeichnete es als das achte Weltwunder, daß man die Bestandtheile, welche zur Herstellung von Stahl nothwendig sind, aus den verschiedensten und entferntesten Gegenden der Vereinigten Staaten zusammenholt und trotzdem das Pfund Stahl für einen Cent verkaufe. Und in einer solchen Zeit soll es möglich sein, alle Zunftgesetze wieder einzuführen! Die heutigen Zünfte haben kein anderes Ziel, als der Fortentwicklung entgegen zu arbeiten und frühere Verhältnisse wieder einzuführen.

Wird dieser Zweck erreicht werden? Es ist

unmöglich; ebensowenig wie ein alter Mann im Stande ist, das Rad einer dahinbrausenden Lokomotive aufzuhalten, ebensowenig können die Zünfte den dahinstürzenden Zeitgeist in seinem Laufe hemmen, sie werden bei Seite geschleudert und zertreten werden. Vielfach sieht man auch in den Kreisen der Kleinmeister ein, daß das Handwerk unrettbar dem Untergang verfallen ist und daß ein Dagegenarbeiten nutzlos ist; man sieht den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung nicht mehr so feindlich gegenüber, sondern arbeitet mit daran, daß der Entwicklungsprozeß soviel wie möglich beschleunigt wird, um den Eintritt wirklich besserer Verhältnisse zu ermöglichen. Leider ist die Zahl dieser aufgeklärten Handwerksmeister noch nicht sehr groß und beschränkt sich fast ausnahmslos auf die Großstädte. Die Uebrigen können sich noch immer nicht von dem Gedanken trennen, daß sie doch eigentlich zum Mittelstand gehören und über die Menge der Arbeiter weit erhaben sind. Indessen sorgt unsere Wirtschaftsweise dafür, den Hochmuth dieser Leute zu brechen; die Lage des Handwerkers verschlechtert sich von Tag zu Tag, er sinkt immer mehr zum Proletariat herab und wird somit auch nothgedrungen zu der Ueberzeugung kommen, daß seine Interessen mit denen der gesammten Arbeiterschaft solidarisch sind und daß er am besten für sein Wohl kämpft, wenn er nicht für Zurückführung mittelalterlicher Zustände, sondern für Beseitigung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung im sozialistischen Sinne eintritt.

Die Arbeiterversicherung und die „humanen“ Baugewerksmeister.

Die „Baugewerks-Zeitung“ leistete sich zu ihrem fünfundsanzigjährigen Bestehen einen interessanten Speech, worauf wir noch bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen werden. Für heute wollen wir nur eine Blüthe aus dem Bouquet von hochklingenden Worten an's Licht halten. Sie schrieb also u. A.:

„Die sozialen Gesetze, jener praktische Ausdruck wirklicher Humanität, wie ihn kein Volk außer uns bewiesen hat, legen jedem deutschen Bauarbeitgeber Opfer auf, welche anderswo nicht gekannt sind. Zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften mit Tausenden von ehrenamtlichen uneigennütigen Männern, der Verband der deutschen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften, die Schaffung von Unfallversicherungsvorschriften und eines eigenen Samariterdienstes legen bereites Zeugniß ab nicht nur von der Opferfreudigkeit des Baugewerbes, sondern ebenso von

des wirtschaftlichen Lebens auf das Genaueste erkannt, die Wurzel der damaligen agrarischen Noth aufgedeckt. Erst zum Schluß nannte die „Deutsche Landwirthsch.-Ztg.“ den Namen des Verfassers: Dr. Karl Nobiling, und fügt hinzu: „Hätte man dem jungen Mann das Wörtchen Schutzpolitik in die Ohren flüstern können, so wäre er vielleicht auf andere Gedanken gekommen. So aber gab er auf unseren vorübergehenden alten kaiserlichen Herrn einen Schrottschuß ab, verwundete dann noch den eindringenden Besizer eines gegenüberliegenden Hotels und schloß sich schließlich selbst eine Revolverkugel in den Kopf.“ Fürst Bismarck, selbst ein geborener Landwirth, fand das erlösende Wort. Mit der ganzen Energie seines Willens und mit der vollen Wucht seiner gewaltigen Persönlichkeit trat er für Bollschuß ein.“

Die Sozialistenbege, die nun, nach Annahme des zweiten Ausnahmegesetzes durch den neuen Reichstag (am 19. Oktober 1878 mit 221 Ja gegen 149 Nein) losging, ebnete der anarchistischen Propaganda den Boden. Sie, die nicht öffentlich, sondern nur geheim agitirte, die nicht die Massen, sondern „revolutionäre“ Einzelne gewinnen wollte, wurde durch das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktbr. 1878 nicht so empfindlich geschädigt, wie die durch offene Massenagitation wirkende Sozialdemokratie, während gleichzeitig die brutale Anwendung der staatlichen Gewalt auch im Volke wieder die Anschauung kräftigte, das gegen Säbel und Bajonnet das Dynamit die gerechte Gegenwehr sei.

So entstand denn in Deutschland wie im Auslande eine etwas lebhaftere anarchistische Bewegung, besonders durch Johann Most^{*)}. Dieser, bis dahin sozial-

demokratischer Reichstagsabgeordneter, wurde 1878 nicht wiedergewählt. Aus seinem Wohnsitz Berlin ausgewiesen, begab er sich nach London und stellte dort die Forderung auf: Die Sozialdemokratie solle, da sie von der gesetzlichen Agitation für ihre Prinzipien ausgeschlossen sei, jeder Beteiligte am politischen Leben entsagen, sich nicht an den Wahlen betheiligen und alle ihre Kräfte nur auf die Vorbereitung zur Revolution konzentriren. Most ließ in London die „Freiheit“ erscheinen, erst als sozialrevolutionäres Organ; später entpuppte es sich als anarchistisches und bekämpfte die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei gab am 28. September 1879 in Zürich den „Sozialdemokrat“ heraus, indem sie gegenüber dem Anarchismus erklärte: „Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo infolge des fast bis zur Unentzählbarkeit gesteigerten Druckes der Reaktion die Veruchung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der sukzessiven Aufklärung und Organisation der Massen und dadurch der allmählichen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widersinnigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verderblichen Revolutions- und Putzschmacherei in die Arme zu werfen, auf's Energischste gegen diese wenden. Wohl glauben auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Wirthschaftlichen und Parlamentstribünen dekretirt werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putzsch; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht gemacht werden.“

Mit dieser Erklärung war die Scheidelinie gegenüber der von London aus gepredigten Gewalttheorie genau gezogen, zugleich aber auch das Verhalten für die sozialdemokratische Partei in Deutschland vorgezeichnet. Der Kongreß auf Schloß Wyden (20. bis 23. August 1880),

verfaßte viele Broschüren und war ein bereiteter Agitator. In Oesterreich wie in Deutschland war er mehrfach zu Gefängnisstrafen, insgesammt zu 4 1/2 Jahren, verurtheilt. Ueber seinen weiteren Lebenslauf siehe oben.

der erste der sozialdemokratischen Partei nach Erlaß des Ausnahmegesetzes, zeigte, daß die Hoffnungen der Gegner auf eine Zersplitterung der Partei sich nicht erfüllten. Auch das Auftreten Haseleimann's^{*)}, der 1878 wieder als sozialdemokratischer Abgeordneter für Elberfeld-Barmen gewählt war und sich in Schimpfereien gegen seine Fraktionsgenossen und die Parteileitung erging, schädigte die sozialdemokratische Partei nicht. Most war, obwohl er vorher prahlerisch erklärt hatte, daß das Groß der deutschen Genossen auf seiner Seite stehe und sich dies auf dem Kongreß zeigen werde, auf demselben nicht erschienen. Haseleimann aber war, nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Spaltungsversuche keinen Anklang fanden, plötzlich nach Amerika ausgewandert.

Der Wydener Kongreß faßte folgende Beschlüsse: „1. Nachdem der Kongreß über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Haseleimann's aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamirte Ausschließung Haseleimann's voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken. 2. In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundsatzen der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt; in fernerer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeiaagenten trotz ertheilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften; in schließlicher Erwägung, daß Most Handlungsgang begangen hat, die allen Gegebenen der Ehrenhaftigkeit widersprechen, erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.“

^{*)} Wilhelm Haseleimann, geboren 1844 in Bremen, studirte Chemie, ward 1874 und 1878 von Elberfeld-Barmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt, lebt jetzt in Amerika.

(Fortsetzung folgt.)

der geschlossenen Organisation, mit welcher die Vertreter desselben bei Beginn der Unfallversicherung an die neue Aufgabe herangingen."

Also hat ab, vor diesen braven Herren Baugewerksmeistern, alle Achtung vor dieser kolossalen Humanität. Aber die Wahrheit kommt gleich hintennach. — In der nächsten Nummer schon übernimmt die „Baugewerks-Zeitung“, ohne ein kritisches Wort hinzuzufügen, aus der „Täglichsten Zeitung“ folgendes Eingeladent:

Zum Bunde der Handwerker.

„Wohl dürfte es endlich an der Zeit sein, daß Handwerk und Gewerbe, dem Beispiel der Landwirtschaft folgend, sich vereinigen zu einem Bunde der Gewerbetreibenden.“

Die Gewerbetreibenden sind durch die unter der Regide des von verschiedenen Seiten so viel gerühmten alten Kurzes entstandenen sozialpolitischen Gesetze nicht nur pekuniär so stark belastet worden, daß sie diese Last nicht auf die Dauer tragen können, sondern zu Grunde gehen müssen, auch die Arbeiten, welche infolge der genannten Gesetze ihnen ausgedehnt sind, absorbieren so viel Arbeitskraft und Geschäftskosten, daß die wenigsten Geschäfte sie tragen können, also ruiniert werden. Dahin gehören auch die Anforderungen, welche von Seiten der Behörden für die Einkommensteuer- und die Gewerbesteuererschätzung an die Buchführung gemacht werden. Zur Gewerbesteuererschätzung werden so viel Kreuz- und Querfragen gestellt, die unmöglich durch die Buchführung zu beantworten sind und es muß leider den Anschein erwecken, als ob der Aufsteller dieser Kreuz- und Querfragen überhaupt keine Idee von dem Wesen der Geschäfts- und der Buchführung gehabt habe.

Bei den infolge zu hoher Einschätzung erfolgenden unvermeidlichen Reklamationen werden dann vielfach zurückweisende Bescheide erteilt, die große Nechlichkeit mit dem Abzählen eines Schulbuben für nicht genügende Arbeiten durch den Lehrer haben, jedoch mit dem Unterschiede, daß der Heruntergehung hier meistentheils sich wundern muß über das, was alles vom Gewerbetreibenden verlangt, was ihm zugemutet und wie er behandelt wird.

Jedermann soll gefällig seine Geschäftsbücher so führen, daß sie eine Uebersicht des Vermögensstandes gewähren; von Seiten der Behörden für die Gewerbesteuererschätzung wird beansprucht, daß die Bücher speziell den Erwerb aus dem Gewerbe, den Umsatz und das Betriebskapital nachweisen. Das ist leicht verlangt; wie das gemacht werden soll, darüber fehlt jedes Muster und jede Anweisung.

Dann sind die Beiträge für die Krankenkassen, für die Berufsgenossenschaften und für die Alters- und Invalidenversicherung, welche in der Broschüre für die Chicagoer Ausstellung mit der hochtrabenden Bezeichnung „Opferfreudigkeit der Arbeitgeber“ gerühmt und allen Kulturstaaten zur Nachahmung empfohlen werden, so kolossal, daß sie die Gewerbetreibenden nicht zu erschwingen im Stande sind. Diese sogenannte „Opferfreudigkeit“ beansprucht von den Baugewerksmeistern etwa $\frac{1}{2}$ ihres Einkommens, für jeden Gesellen mindestens 20 $\frac{1}{2}$ und für jeden Lehrling und Arbeiter mindestens 10 $\frac{1}{2}$ täglich. Da sind jährlich Tausende von Mark zu opfern, bis als Resultat die Zahlungsunfähigkeit und Verarmung eintritt.

Diese Aufwendungen, welche früher den Gemeinden oder der Allgemeinheit oblagen, sind diesen durch die Gesetze des alten Kurzes abgenommen und einzelnen Personen aufgehaßt worden, die geopfert werden. Dabei ist der naturgemäße Grundfatz außer Acht gelassen worden, daß Viele Einen unterhalten können, er ist in das Gegenteil umgewandelt: Einer soll für Viele steuern.

Die von der Regierung geplanten Fachgenossenschaften werden wiederum die Genossenschaften belasten, ihnen Geld aus der Tasche locken, aber ihnen in keiner Weise helfen. Es ist recht traurig, daß die bis jetzt gefällig eingeführten Genossenschaften den Genossenschaften gar keinen Vortheil gewähren, sondern nur eingeführt sind, um ihnen unerwünschte Gelddopfer und zeitraubende und ekelhafte Arbeiten aufzuerlegen, aber sonst keinen Segen bringen.

Die nach dem Ausspruche eines hohen Beamten täglich sich mehrenden Freunde der Alters- und Invalidenversicherung bestehen in den dadurch angestellten Beamten und in denjenigen Rentenempfängern, welche ohne nennenswerthe oder gar keine Beiträge in den Bezug von Renten gelangt sind und außerdem gehören dazu auch diejenigen Personen, welche durch die durch dieses Gesetz entstehende und entstandene Unzufriedenheit ein Wachsen ihrer Partei voraussehen. Alle übrigen Arbeiter und Arbeitgeber beklagen das Gesetz und werden dadurch in vielfacher Weise außerdem belastigt.

Die den Arbeitgebern auferlegte Arbeit des Markenklebens ist geradezu ekelhaft. Ein großer Theil der Karten befindet sich in einem Zustande, der dem eines aus dem schmutzigen Kinnstein gezogenen Papiers nichts nachgiebt, und da verlangt das Gesetz, daß der Arbeitgeber sich mit diesem Schmutz und Koth befaßt. — Ein Kreisphylaktus, dem ein solches von Schmutz starrendes Kartenmuster vorgelegt wurde, meinte: „Das sei ja eine allgemeine Klage, welche durch Beschaffung von Enveloppen beseitigt werden könnte.“ — Der Herr hat offenbar auch eine ganz merkwürdige Auffassung. Durch die Enveloppen dürften die Karten wohl reinlicher bleiben, die schmutzigen Enveloppen würden an ihre Stelle treten und den Gel nicht verringern, außerdem würde aber das Herausnehmen und Wiedereinstecken der Karte dem Kleber noch mehr Arbeit machen und Zeit rauben. Die Karten sind jedenfalls die allerbesten Verbreiter von Infektionskrankheiten und Seuchen.

Durch Umwandlung der uralten, bewährten und berechtigten Bezeichnung von Meister, Geselle und Lehrling in Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist ein Zustand geschaffen, welcher nicht mehr handwerksmäßig ist. — Der Lehrling kann nur Nütziges in seinem Fache lernen, wenn Meister und Gesellen ihr Handwerk gründlich verstehen. Leider sind die Zeitströmungen derart, daß mehr auf viel Arbeit, als auf Güte der Leistungen gesehen wird. Die Ausbildung der Lehrlinge leidet dadurch Schaden und läßt viel zu wünschen übrig, denn auch mehrfach Gesellen den bescheidensten Anforderungen nicht entsprechen.

Dann werden auch die praktischen Arbeiten zu oft von Denjenigen, welche selbstständig werden wollen, mehr in den Hintergrund gedrängt und als Nebenfache behandelt, während doch gerade für den Meister die genaue Kenntniß der praktischen Arbeiten Hauptfache sein soll und muß, um Gesellen und Lehrlinge unterweisen und sie auf etwaige Mängel bei der Arbeitsausführung aufmerksam machen zu können.

Dies und noch vieles Andere sind Punkte, die die Gründung eines Bundes der Gewerbetreibenden wohl rechtfertigen, um die gemeinsamen Interessen der Handwerker und Gewerbetreibenden zu wahren, ohne gerade den Intentionen derjenigen Leute zu folgen, welche sich auf Kosten der Allgemeinheit und namentlich der Arbeiter bereichern wollen und zu dem Ende die gesetzgebenden Körperschaften zu unmöglichen und schädigenden Gesetzen zu drängen suchen.

Wir finden also, daß sich die hübsche Blüthe sehr rasch zu einer übelduftenden Blume entwickelte. Also laßt nur vor Baugewerksmeistern den Hut auf dem Kopfe, die „Humanität“ dieser Leute ist nicht sehr weit her, sie schmücken sich nur damit, wie mit einer Blechmünze.

Berichte.

Erfurt. Am 29. Mai tagte hier eine öffentliche Zimmererverversammlung. Kamerad Ede aus Götlich referirte über: „Die Lage der Arbeiter, und wie ist dieselbe zu bessern?“ Der Referent schilderte die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Durch die Entwicklung der Maschinen würden immer mehr gelernter Arbeiter überflüssig, dazu werden Frauen und in manchen Branchen auch Kinder zur Arbeit verwendet. Diese arbeiten natürlich billiger als männliche Arbeiter. Dadurch wird die Reservearmee immer größer und die Lohnrückerei schlimmer. Aber wenn Mann und Frau von früh bis spät sich in der Fabrik abplagen, um nur vegetieren zu können, wird auch das Familien- und Eheleben zerstört. Der Mann und die Frau sind von der Arbeit zu müde, um sich Abends den Kindern zu widmen, denn sie müssen die paar Stunden ausnützen, um am anderen Morgen wieder frisch schaffen zu können. Deshalb ist es nicht die Sozialdemokratie, die die Ehe abschafft, sondern das Kapital hat das schon längst besorgt. Der Referent fordert zum Schluß seines gut durchdachten Vortrages nochmals die Anwesenden auf, kräftig mitzuwirken, daß der Verband der Zimmerer immer stärker wird, denn nur durch eine stramme Organisation kann den Machinationen der Unternehmer ein Damm entgegengekehrt werden. Unter „Verschiedenes“ wurden von einem Kameraden die Ansichten eines Zimmermeisters und Stadtverordneten angelegt. Der gute Mann suchte selbstständige Zimmerleute. Auf Anfragen hiesiger Zimmerer bekamen sie zur Antwort: „Ja, ich meine solche, die ein Haus und Land haben.“ Also nicht solche, die selbstständig arbeiten können, sondern solche vom Dorfe mit einem Hüttchen und einem Stückchen Land; die arbeiten wahrcheinlich billiger. — Der Zahl der Anwesenden nach muß es den Zimmerern immer noch zu gut gehen, oder sie sind zu feige, in eine Versammlung zu gehen. Es ist schlimm, daß solch eine Gleichgültigkeit und Schlappheit unter uns herrscht, denn mit den Worten: „Es hilft doch nichts,“ ist uns nicht geholfen, wohl aber damit, wenn sich alle Mann dem Verbandsanschlüssen. Die Meister freuen sich über unsere Gleichgültigkeit, denn da können sie uns tüchtig schinden, den Lohn kürzen und wir stehen machtlos da; sind wir aber organisiert, dann hat der Spaß ein Ende, denn Einigkeit macht stark.

Münden (Hannov.). Am 22. Mai, Abends 7 Uhr, fand hier eine Versammlung der Zimmerer von Münden und Umgegend statt. Zweck derselben war, einen Lokalverband hier selbst zu gründen. Kamerad Schrader aus Hamburg hatte das Referat übernommen und legte den Anwesenden in kurzen aber klaren Worten die Lage des Handwerkerstandes dar. Zum Schluß legte Redner den Anwesenden an's Herz, sich dem Verbands deutscher Zimmerleute anzuschließen, welches auch von den hiesigen Zimmerern befolgt wurde. Es zeichneten sich 15 Mann in die bereitgehaltenen Listen ein. Hierauf wurde gleich die Wahl des Vorstandes vorgenommen; es wurden gewählt: zum Vorsitzenden Kamerad Mahlmann, zum Kassierer Kamerad Jeep, zum Schriftführer Kamerad Eggena und zu Revisoren die Kameraden Kohl und Scharbr. Hierauf folgte Schluß der Versammlung. Hoffentlich wird der junge Lokalverband sich kräftig entwickeln und ein tüchtiges Glied in der kämpfenden Schaar der Zimmerer Deutschlands bilden. In Münden hat eine solche Organisation schon lange gefehlt, denn die hiesigen Verhältnisse im Zimmergewerbe sind nichts weniger als gut zu nennen.

Schwarzenb. Am 3. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem das Protokoll verlesen und die Beiträge erhoben waren, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden folgende Kameraden gewählt: Ernst Kenn als erster und

H. Schmidt als zweiter Vorsitzender, Ernst Schaepe als erster und H. Gerz als zweiter Kassierer, Heinrich Nid als erster L. Timm als zweiter Schriftführer, als Revisoren wurden H. Bemüller und F. Voigt gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß die Versammlungen in letzter Zeit schlecht besucht gewesen sind. Die Kameraden müssen den Schlenkrian abschütteln, sonst werden die Meister unsere Organisation bald wieder auseinanderreiben und das bisher Errungene illusorisch machen.

Zwickau. Am 17. Mai tagte hier eine öffentliche Zimmererverammlung, in welcher Kamerad Ede aus Götlich über „Die wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist dieselbe zu verbessern?“ referirte. Kamerad Ede beleuchtete in einfühlendem Vortrage die wirtschaftlichen Zustände und legte klar, in welche traurigen Verhältnisse heute das ganze Handwerk verfallen sei. Die Produktion durch Maschinen werfe von Tag zu Tag mehr Arbeiter auf die Straße und das Heer der Arbeitslosen vermehre sich. Redner hob hervor, daß die Uebelstände nur durch eine kürzere Arbeitszeit abzuschwächen sind und forderte alle Kameraden auf, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Den Ausführungen Ede's traten noch mehrere Redner bei. Im zweiten Punkt der Tagesordnung, „Lohnfrage“, entspann sich eine lebhafte Debatte, woraus hervorging, daß unsere Organisation noch zu schwach sei, um energisch hervorzutreten. Der Vorsitzende ermahnte nochmals alle Kameraden, tüchtig zu agitieren und forderte die Anwesenden auf, dem Verbands beizutreten. Hierauf ließen sich fünf Kameraden aufnehmen. Dann Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. Die Zahl der Verbandsmitglieder hier beträgt jetzt 50, wir hoffen aber, daß dieselbe mit der Zeit noch stärker wird.

Krankenkasse.

Dortmund. Die Meinung der hiesigen Mitglieder geht dahin: Das im „Zimmerer“ Nr. 20 veröffentlichte „Eingeladent“ von den örtlichen Verwaltungsstellen Hamburgs usw. enthält einen Irrthum betreffs der Einberufung der Generalversammlung. Dieselbe kann uns von der Unterbilanz nicht retten, das muß jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Wir ersuchen sämtliche Verwaltungsstellen, das „Eingeladent“ in Nr. 20 des „Zimmerer“ nicht zu unterkürzen.

Erfurt. Am 26. Mai tagte hier eine Versammlung der Krankenkassenmitglieder, dieselbe besaßte sich mit der Frage: Die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, welche von den Verwaltungsstellen in und um Hamburg aufgeworfen worden ist. Die Mitglieder Erfurts sind nun der Ansicht, daß eine außerordentliche Generalversammlung den „Stein der Weisen“ ebenfalls nicht finden wird. Die notwendigen Unkosten, die sich auf M. 3000—4000 belaufen werden, vergrößern den Uebelstand, anstatt ihn zu vermindern, darum sind die Erfurter Mitglieder gegen eine außerordentliche Generalversammlung. Es scheint übrigens so, als sollte die Kasse durch die zugemuteten „außerordentlichen Ausgaben“ — denn weiter kommt bei der Geschichte nichts heraus — zur Auflösung gebracht werden, darum hoffen sie, daß die übrigen Kassenmitglieder das Ansinnen ablehnen werden.

Wandsbek. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 29. Mai eine Versammlung ab, die sich mit dem Vorschlage der Hamburger Verwaltungsstellen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, beschäftigte. Nach gründlicher Beratung sind die hiesigen Mitglieder sich dahin einig geworden, den Ansichten und dem Handeln des Hauptvorstandes beizupflichten. Obwohl es zu bedauern ist, daß die Beiträge wieder haben erhöht werden müssen, sind die hiesigen Mitglieder, nachdem sie Kenntniß von den Auseinandersetzungen des Hauptvorstandes genommen haben, zu dem Beschluß gelangt, daß sie die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ablehnen.

Protokoll vom 6. thüringischen Verbandstage, abgehalten am 25. März 1894 in Jena.

Betreten waren die Kameraden aus: Gotha durch Fuchs und Bischhoff, Eisenach durch Hill, Erfurt durch Hartig, Gera durch Krause und Krich, Neustadt a/Orla durch Schuber und Jena durch Bräutigam, außerdem war Kamerad Schrader aus Hamburg anwesend.

Der Vertreter Jena's eröffnete den Verbandstag Vormittags 11 Uhr und hieß die Kameraden willkommen, er spricht ferner im Namen der Jenaer Kameraden den Wunsch aus, daß die diesjährigen Beschlüsse auch zu Thaten werden möchten. In das Bureau wurden dann gewählt: Bräutigam-Jena als erster, Fuchs-Gotha als zweiter Vorsitzender, Wegel-Jena als erster und Bischhoff-Gotha als zweiter Schriftführer.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassen- und Thätigkeitsbericht der Agitationskommission. 2. Lokalberichte der Delegirten. 3. Agitation und Organisation. 4. Verschiedenes.

Kamerad Fuchs-Gotha erstattete Bericht über seine vorjährige Thätigkeit als Kassierer und Agitator. Betreffs der Agitation bejauerte er, daß er im verfloffenen Jahre nur einmal und zwar nach Erfurt verlangt worden sei; er könne doch nicht selbstständig Agitationsreisen unternehmen, weil er auch Verwalter der Kasse ist, denn das würde leicht Mißtrauen unter den Kameraden erregen. Er verlas sodann den Kassenbericht. Die Gesamtsumme des Fonds betrug M. 162,85, die Ausgabe M. 13,45; es verbleibt somit ein Kassenbestand von M. 149,40. Die Abrechnung wurde von den Revisoren Hill-Eisenach

und Hartig-Erfurt geprüft und für richtig befunden. Kamerad Bischoff aus Gotha theilte mit, daß viele Gothaer Zimmerer glauben, das Geld des Agitationsfonds sei Eigentum der Gothaer Lokalkasse. Die Anwesenden erkannten nicht wenig über diese Ansicht.

Kamerad Hill aus Eisenach beantragte folgende Resolution: „In Erwägung, daß ein Theil der Gothaer Zimmerer glaubt, es sei der Ueberschuß von den Unkosten des Einigungskongresses der Zimmerer Deutschlands — abgehalten im Jahre 1890 zu Gotha — nur für die Zimmerer Gothas bestimmt; in weiterer Erwägung, daß diese Frage bereits den vorjährigen, sowie auch wieder den diesjährigen thüringischen Verbandstag längere Zeit beschäftigt hat, spricht der letztere aus: Daß es nicht die Absicht des Zimmererkongresses gewesen sein kann, einen etwaigen Ueberschuß den Zimmerern Gothas zu privaten Zwecken zu überweisen, sondern daß die damaligen Delegirten nur der Meinung gewesen sein können, den Ueberschuß für Agitation unter den Zimmerern Thüringens zu verwenden. Es wird deshalb beschlossen, das Geld in diesem Sinne zu verwenden.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Lokalberichte entrollten ein trauriges Bild von den Arbeitsverhältnissen in Thüringen. Alle Delegirten bringen die Kunde: 11 Stunden Arbeitszeit und Klassenlohn, welcher zwischen 15 und 30 M pro Stunde schwankt. Kamerad Schrader schildert ferner in treffender Weise die Arbeitsverhältnisse von Hamburg, und wies nach, daß unsere Macht in der Stärke der Organisation liege, was in Thüringen mit der Zeit wohl auch noch zu erreichen sein wird. Wenn jeder Kamerad das Seinige zur Ausbreitung unserer Organisation beiträgt, dann werden sich auch in Thüringen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bessern.

In Betreff der Agitation wurde beschlossen, daß der Sitz der Kasse in Gotha bleibt; als Kassier wird Karl Fuchs, Schlosserstraße 3 in Gotha, wiedergewählt. Das Agitationscomité wurde nach Erfurt verlegt; als Vorsitzender wurde Max Hartig, Kohlgrube 19 in Erfurt, gewählt. Derselbe nahm mit der Bitte an, daß vom Agitationscomité recht oft Redner verlangt werden möchten, ebenso möchte man der Agitationskasse recht viel Unterstützung überweisen, damit der nächste Verbandstag der thüringischen Zimmerer eine größere Macht repräsentirt wie der jetzige.

Zunächst tauchte nun die Frage auf: „Wo wollen wir den nächsten Verbandstag abhalten?“ Vorgeschlagen wurde Apolda und noch verschiedene andere Städte; es wurde aber nach längerer Debatte der Antrag Fuchs-Gotha angenommen: „Den Verbandstag bis auf Weiteres erst alle zwei Jahre tagen zu lassen und die Bestimmung des Ortes dem Agitationscomité anheimzustellen.“ Zum Schluß erläuterte Kamerad Schrader noch verschiedene Anfragen, die von den Jenaer Kameraden in Betreff der Verbandsleistungen gestellt waren.

Mit einem Hoch auf die Bewegung der Zimmerer Deutschlands wurde der Verbandstag um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Unmerkung der Redaktion. Obgleich diesem Protokoll ein Schreiben beilag, das die ungeheure Verzögerung — wenn wir nicht sagen wollen Bummel — entschuldigen soll, müssen wir doch bemerken, daß es mit derartigen Protokollen meist immer zu saumselig geht. Man braucht wahrhaftig kein Schreiber von Beruf zu sein, um ein solches Protokoll in zwei bis drei Stunden zu verfassen und hier hat man gerade zwei Monate gebraucht. Dies bildet eine drastische Illustration zu den feurigen Reden, die in solchen Versammlungen gehalten werden. Es muß bei jeder Gelegenheit darauf gedrungen werden, daß diejenigen Kameraden, die verantwortliche Posten übernehmen — wie der Schriftführerposten zweifellos einer ist — ihres Amtes auch pünktlich walten, sonst kommen wir keinen Schritt vorwärts.

Baugewerbliches.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Bauspekulation bringt so viel Unannehmlichkeiten für die Bauarbeiter mit sich, daß es schier unmöglich ist, dieselben alle zu registriren. In Rixdorf, wo auch in diesem Jahre die Schwindelbauten wie Pilze aus der Erde wachsen, wird bald gar kein Lohn mehr gezahlt. Die „Bauherren“ stellen Leute an, vertrösten dieselben von einer Woche zur anderen auf Lohn, zahlen denselben aber nicht, und wenn es zur Klage kommt, dann sind diese „Bauherren“ in der Regel schon gewöhnliche Bummler, der Gelbgeber hat sie dann meistens schon „fallen“ lassen. Ein Gewerbegericht existirt in Rixdorf nicht, und darum sind die Zustände hier noch bedeutend schlimmer als im übrigen Berlin, wo in solchen Fällen meistens die „Gelbleiher“ rangetriegt werden. Drei solcher „Berliner Bauherren“ haben den Schwindel derartig betrieben, daß sich der Staatsanwalt ihrer erbarmt hat; die betrogenen Bauarbeiter haben dadurch allerdings ihren Lohn immer noch nicht.

Die Bauspekulation wird hier aber auch in der Art betrieben, daß Unternehmer Häuser ankaufen, diese eintragungsfähiger gestalten und dann wieder verkaufen. Welche ungeheuren Mißstände mit dieser Art Bauspekulation verknüpft sind, zeigt folgender Fall.

Ein gewisser Privat-„Baumeister“ Schöner betreibt solche Geschäfte. Er hatte vor einiger Zeit das Haus Nr. 73 in der Kochstraße erworben; er ließ zunächst die alten Hinterhäuser niederlegen und neue hohe Hofgebäude aufzuführen. Das Vorderhaus beabsichtigte er stehen zu lassen und nur durch Ausbruch von Läden und Aufsetzung eines neuen Stockwerkes auszubauen. Sachverständige sollen sich dahin ausgesprochen haben, daß das alte Haus

den geplanten Umbau nicht aushalten könne. Das alte Dach und das Trempelgeschloß wurde abgelassen und auf dem alten Mauerwerk ein drittes Stockwerk neu aufgebaut. Mit der Bauaufsicht waren der Maurerpolier Julius Seeger und der Zimmerpolier Schnitzer betraut. Montag, den 28. Mai, war man damit beschäftigt, eine Zwischenwand abzubringen und wollte gerade Stützen unterziehen, als der ganze Zwischenbau zusammenbrach und das Mauerwerk mit sich riß bis zum Erdgeschloß, wo die eisernen Träger der neu ausgebrochenen Läden den Massen Halt boten. Die Decken und Fußböden sind wie Papier durchgeschlagen. Von den Trümmern wurden 6 Arbeiter begraben. Die sofort alarmirte Feuerwehr machte sich an die Rettungsarbeiten, und es gelang ihr verhältnismäßig schnell, drei der Verköhlten aus den Trümmern hervorzuholen. Zwei von ihnen sind schwer verletzt und fürchtbar zugerichtet, der Dritte ist etwas besser davongekommen, indessen hat auch er schwere Verwundungen davongetragen. Die anderen drei Verunglückten wurden als Leichen unter dem Schutt hervorgezogen.

Daß nicht noch mehr Menschen den Tod gefunden haben, ist dem Zimmerpolier Schnitzer zu verdanken. Er hatte am Montag Morgen die vierte Balkenlage einzuziehen und den Leuten die größte Vorsicht anempfohlen. Kurz nach der um 1 $\frac{1}{2}$ Uhr beendigten Frühstückspause besand sich Schnitzer im Erdgeschloß und hörte trockene Würtel von oben herabfallen, dem ein verdächtiges Knistern folgte. Er rief nun mit lauter Stimme: „Nettet Euch, das Haus stürzt ein.“ Diese Warnung wurde von vielen Arbeitern beherzigt, und kaum hatten sie den Hof erreicht, da erfolgte der Zusammensturz.

Als Ursache des Einsturzes wird angegeben, daß die 39 Zentimeter starke alte Mittelwand Röhren in sich barg, die mit Schutt ausgefüllt waren. Um nun dieses Mauerwerk zu verstärken, wurden an beiden Seiten Steinwände in der Stärke von 13 Zentimetern in die Höhe geführt, so daß die ganze Stärke 65 Zentimeter betrug. Die Aufmauerung wurde aber ohne Verband mit dem alten Mauerwerk ausgeführt. Fassen wir uns kurz, dann können wir sagen: Dieser Unglücksfall muß auf das Konto der Bauspekulation geschrieben werden. Es ist nur zu erklärlich, daß bei dieser in ganz unverantwortlicher Weise gesuchter wird, um großen „Verdienst“ für den Spekulanten herauszuschlagen. Dagegen hilft kein Prüfungszwang, wie wir hier sehen, sondern nur die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise.

Aus Eisenfeld wird mitgeteilt, daß die Bauhätigkeit in diesem Jahre besser als in Vorjahren ist. Es sind bis jetzt bei der Stadtverwaltung bereits 210 Baugesuche eingereicht, eine Zahl, welche die der letzten Jahre bedeutend übertrifft. Darunter sind ziemlich große Bauten. So wird sich zunächst am Neumarkt eine einseitige Thätigkeit entfalten. Der größere Häuserkomplex zwischen Neumarkt, Friedrichstraße, kleine und große Klobbahn, zusammen 29 Häuser, sind mit dem 1. Mai in den Besitz der Stadt übergegangen und sollen nun bald niedergelegt werden, um daselbst unser neues Rathaus erbauen zu lassen. Ebenso ist man bereits an der Hoch- und Wilhelmstraße- Ecke mit dem Abreißen eines ganzen Häuserblocks beschäftigt. Hier werden demnächst vier großartige Wohn- und Geschäftshäuser mit drei Straßenfronten errichtet. An der Hermannstraße wird man in Kurzem mit dem Bau einer Kirche beginnen. Ein reiches Feld häuslicher Thätigkeit finden wir sowohl in den neu angelegten Straßen vor dem Bahnhofe Mirke wie auch hinter denselben auf dem ehemaligen Lehmacker'schen und Wenthausen'schen Terrain, wofolbst auch die Berliner Volksbaugesellschaft eine Anzahl Zweifamilien-Wohnhäuser errichtet hat. Es würde hier noch mehr gebaut worden sein, wenn nicht wegen der Anlage von Straßen zwischen der Eisenbahn, der Stadt und den Eigentümern Schwierigkeiten hindernd im Wege gestanden hätten, welche erst jetzt beseitigt werden. Ein großartiges Projekt endlich soll an der Uellendahlerstraße zur Ausführung kommen, um den Norden mit dem Osten unserer Stadt in engere Verbindung zu bringen. Die Erben Peter Wülfing in der Mirke wollen das ganze Gelände, von der Uellendahlerstraße anfangend, die Schleswigerstraße, wofolbst man mit der Errichtung der neuen Mädchen-Mittelschule beschäftigt ist, aufwärts zur Opphoferstraße und dem Exerzierplatz anschließen. Es sollen hier nicht nur mehrere Straßen angelegt, sondern auch zwei große breite Treppenverbindungen hergestellt werden, welche geeignete sind, den Fußverkehr zwischen Nord- und Oststadt bedeutend abzukürzen. Die Treppen sollen je fünf Meter breit angelegt werden, Treppen, wie wir sie sonst in dieser Breite in hiesiger Stadt noch nicht haben. Diese Anlage soll im Laufe dieses Sommers noch fertiggestellt und bereits einige Wohnhäuser daselbst ausgeführt werden.

Die Gelegenheit für unsere Kameraden wäre also vorhanden, die Forderungen durchzusetzen, die 1890 nicht bewilligt worden sind. Leider haben sie sich mit der „großen“ Vereinskassierelei die Hände gebunden, sie können heute überhaupt nichts weiter, als etwa schöne Reden anhören. Seit Auflösung des Lokalverbandes werden die gewerblichen Interessen nicht mehr vertreten. Die Unternehmer sind mit der „Radikalität“ unserer Kameraden natürlich ganz zufrieden, sie heimien so gute Profite ein. Ob unsere Kameraden nochmals zur Vernunft kommen werden?

Auch in Koblenz ist die Bauhätigkeit dieses Jahr gut, unsere Kameraden haben aber trotzdem nichts weiter als das nackte Leben, weil sie nicht organisiert sind. Ein großer Theil von ihnen hat sich von den Pfaffen auf ein Jenseits vertrösten lassen, darum leiden sie mit samt ihren Familien trotz guter Bauhätigkeit dieses Jahr

1890 hatten sich von den 120 Zimmerleuten, die in Koblenz arbeiten, 51 dem Verbanne angeschlossen, 1891 war der Lokalverband aber schon wieder auf 11 Mitglieder zusammengeschmolzen und auch diese traten dann aus. Sie glaubten nicht, daß sich für die Organisation jemals eine Thätigkeit finden würde, weil damals die Arbeit knapp war. Jetzt mögen sie zusehen, wie die Unternehmer die fetten Profite allein in ihren Taschen verschwinden lassen.

In Leipzig ist die Bauhätigkeit in diesem Jahre auch besser als in den Vorjahren, hoffentlich werden sich unsere Kameraden bald wieder ermannen und in größerer Zahl der Organisation beitreten. Dies ist umso mehr zu erwarten, weil der „Bauarbeiterbund“, der sich vor einigen Jahren mit der Phrase einführte, „seinen Arbeiterin, so lange sie beschäftigt sind, selbst bei schlechtestem Geschäftsgange einen auskömmlichen Lohn zu sichern“, geradezu scheußliche Zustände geschaffen hat. Obgleich 38 M als niedrigster und 45 M als höchster Stundenlohn von dem Bunde festgesetzt wurde, haben die Mitglieder dieses Bundes den Lohn doch bedeutend tiefer herabgedrückt; an manchen Stellen werden nur noch 33 M pro Stunde gezahlt. Die Leipziger Zimmerleute wissen, wie solchen Lohnrückern entgegengetreten werden muß, es ist ihre eigene Schuld, wenn derartige traurige Verhältnisse noch lange bestehen bleiben.

Das Submissionswesen muß schließlich ebenfalls ganz unerträgliche Zustände im Baugewerbe zeitigen. Zum Neubau des Gerichtsgebäudes in Wiesbaden wurde die Lieferung und Montirung der eisernen Träger wie folgt offerirt:

Carl Schäfer	M. 21 367,51
Wendler & Koch	„ 19 879,63
Winter, Nachfolger & Co.	„ 18 814,75
W. Hansen	„ 17 477,31
Franfurter Kesselschmiede	„ 17 325,—
Hugfeld	„ 17 107,18
G. Scholler	„ 14 361,30

Also um nahezu ein Drittel will der Letztere billiger liefern und montiren als der Erstere; daß nach dem gar keine Rücksicht auf Menschenleben genommen wird, liegt klar auf der Hand. Wenn bei der Montirung einige Arbeiter getödtet und einigen anderen die Gliedmaßen verümmelt werden, dann schreibt die „Baugewerkszeitung“, das Organ der schlimmsten Ausbeuter im Baugewerbe, gewiß doch noch: Unfälle entstehen hauptsächlich „infolge muthwilligen oder fahrlässigen Verhaltens der Arbeiter“.

Die Lage der Zimmerer in Wien erfährt durch den Jahresbericht der Zimmerer-Krankenkasse in Wien einige Beleuchtung. Demnach hatte die Kasse 1893 im Ganzen 2557 Mitglieder, das dürften alle Zimmerer sein, die in Wien arbeiten. Im Monat August zahlten 2004 Beiträge, das ist die höchste Zahl, die im Jahre erreicht wurde. Da Arbeitslose keine Beiträge zahlen, oder richtiger als Mitglieder nicht gelten, besagt dieser Umstand, daß in der Hochsaison über 500 Zimmerer arbeitslos waren; die Reserve-Armee unter den Wiener Zimmerleuten ist also erschreckend groß. Ferner zeigt der Bericht, daß die Arbeitszeit im Jahre durchschnittlich nur 30 $\frac{1}{2}$ Wochen ausmacht. Der Tagelohn schwankt zwischen fl. 1,40—1,50 (M. 2,80—3), die Jahreseinnahme des einzelnen Zimmerers beträgt also durchschnittlich einige Pfennige mehr als M. 510 (fl. 255,35). Wir finden also, daß unsere Wiener Kameraden den Hungerriemen immer recht enge schnallen müssen.

Von den 643 Erkrankungen, die im Jahre 1893 gemeldet wurden, entfallen auf Entzündungen 98, Katarch 142, Rheumatismus 87, Tuberkulose 27, Quetschung und Zerreißung 75, Hieb-, Stich- und Schnittwunden 49. Das sind also 478 oder über zwei Drittel aller Erkrankungen, deren Ursache direkt die Berufsarbeit ist. Die 142 Fälle Katarch sind zum allergrößten Theile sicherlich die Folge des Wassertrinkens, denn von dem Hungerlohn ist es nicht möglich, andere Getränke zu beschaffen.

Sozialpolitisches.

Mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie hat die Reichstags-Erstaahl in Plauen geendet. Bei der am Freitag vollzogenen Stichwahl erhielt nach den bisherigen telegraphischen Meldungen unser Genosse Albin Gerich 12 852, der Kartellkandidat Uebel 10 874 Stimmen. Gerich hat somit gesiegt. Bei der ersten Wahl stellte sich die Stimmenvertheilung folgendermaßen: Gerich 9919, Uebel 6000, daneben 2667 antijemitsche und 1999 freisinnige Stimmen. Darnach hat der Kartellkandidat noch einige Hundert Stimmen mehr erhalten, als die drei „Ordnungs“-Parteien bei der ersten Wahl zusammen erhielten. Daraus kann wohl geschlossen werden, daß sich alle bürgerlichen Stimmen mit vielleicht wenigen Ausnahmen auf den Kartellkandidaten vereinigt haben. Sehr charakteristisch würde das besonders für die Freisinnigen sein.

Ein Vergleich der Stichwahlergebnisse bei den letzten drei Wahlen zeigt, wie sich das Verhältnis zu Gunsten der Sozialdemokratie direkt umgekehrt hat. Es erhielten:

1890:	Sozialdemokrat	10 583,	Gegner	12 919,
1893:	„	12 052,	„	12 766,
1894:	„	12 852,	„	10 874,

Vor vier Jahren blieb unser Kandidat auf 2400 Stimmen hinter seinem Rivalen zurück; 1893 waren Beide

sich fast gleich; heute sind wir um rund 2000 Stimmen voran. So marschirt die Sozialdemokratie.

Dieser Sieg ist um so bedeutsamer, als es gelungen ist, bei der Stichwahl noch fast 3000 neue Stimmen herauszuholen. Das ist ein Zeichen, daß unsere Genossen im 23. sächsischen Wahlkreise nach jeder Richtung hin ihre volle Schuldigkeit getan haben. Wir beglückwünschen sie zu diesem glänzenden Erfolge.

Mit welchen Mitteln die Kartelliten in letzter Stunde den Sieg unseres Genossen Gerichts zu vereiteln suchten, ergiebt sich aus einer Korrespondenz, die dem „Vorwärts“ aus dem sächsischen Vogtlande zugeht. In derselben heißt es:

„Es ist gradezu unglücklich, auf welcher tiefer geistiger wie sittlicher Stufe die sächsische Kartellgesellschaft steht. Nachdem die verschiedenen Fraktionchen des Ordnungsbreis sich bisher wochenlang wie die Fischweiber gegenseitig geschimpft, kein gutes Haar aneinander gelassen hatten, haben sie sich jetzt Brüderlich umschlungen — Kartellvork schlägt sich, Kartellvork verbrät sich — und führen nun ein gemeinsames Schimpffonzert gegen die Sozialdemokratie auf. Alle alten Lügen, die an anderen Orten seit Jahrzehnten schon abgethan sind und nicht mehr hervorgeholt werden, legt man hier sorgfältig zusammen und tiicht sie den Wählern wieder auf. Sogar die Theilerei fehlt nicht. Und die Ablagerungsstätte für all diese Albernheiten und Schmutzereien ist der in Plauen erscheinende „Vogtländische Anzeiger und Tageblatt“ (schon der ungrammatische Titel verräth das Bildungsniveau der Redaktion). In diesem Zentralorgan der Kartellpartei war heute u. A. zu lesen, daß die Sozialdemokratie weitland mit — Boulanger im Einverständnis gewesen seien und den teuflichen Plan gehabt hätten, der deutschen Armee in den Rücken zu fallen, während Boulanger sie von vorne angreife. „Natürlich sind die Namen der Schurken von Boulanger nicht enthüllt worden,“ sagt der feige Verleumder echt jesuitisch. Die in Plauen anwesenden Abgeordneten Auer und Diebnecht haben den anonymen Verfasser des betr. Artikels in einem Flugblatt für einen elenden Ehrabschneider erklärt, und ihn aufgefordert, sie zu verklagen.“

Eine sozialdemokratische Parteiversammlung in München, welche von 1700 Personen besucht war, hat einstimmig folgenden Antrag angenommen:

„In Anbetracht, daß die Mitglieder des Klub „Frei Wort“ eine gegen das Parteiprogramm und die Organisation gerichtete Thätigkeit entfalten und das anarchische Blatt „Sozialist“ systematisch verbreiten, ferner sich bestimmt geweigert haben, sich aufzulösen resp. ihre Thätigkeit einzustellen, beschließt die Versammlung, die Mitglieder des Klub „Frei Wort“ sind ferner nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten.“

Novelle zum Unfallversicherungsgesetz. Endlich wird die von der sozialdemokratischen Partei seit mehreren Sessionen geforderte Revision des Unfallversicherungsgesetzes von der Reichsregierung etwas gefördert. Freilich, viel wird zu bessern, Manches ganz zu ändern, und Neues zu fordern sein, bevor das Gesetz den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter halbwegs genügen kann. Nach dem den Bundesregierungen zur Begutachtung vorgelegten Entwurfe soll die Unfallversicherungspflicht fortan auf alle ihr bisher noch nicht unterworfenen Betriebe ausgedehnt werden, also namentlich auf das Handwerk und das Handelsgewerbe, die gesammte Fischerei und die Seeschiffahrt mit Fahrzeugen bis zu 50 Kubikmeter Raumegehalt. Demgemäß werden neben den eigentlichen Arbeitern in solchen Betrieben auch die Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker versichert werden, sofern deren Jahresverdienst an Lohn oder Gehalt die Summe von M. 2000 nicht übersteigt. Auch die Unternehmer sind berechtigt, sich selbst zu versichern, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst die Summe von M. 2000 nicht übersteigt. Hinsichtlich der Aufhebung der Versicherungspflicht, der Höhe der zu gewährenden Entschädigung, der Berechnung der Rente und der Entschädigung für die Hinterbliebenen werden neue oder doch veränderte Grundsätze aufgestellt. So sollen die Ascendenten eines infolge eines Unfalles Verstorbenen künftig auch dann einen Entschädigungsanspruch haben, wenn der Getödtete nicht ihr einziger Ernährer war, sondern nur wesentlich zu ihrem Unterhalte beigetragen hat. Auch die Enkel und Geschwister des Verstorbenen sind entschädigungsberechtigt. Die Unternehmer der unter die Novelle fallenden Betriebe werden zum Zweck der Versicherung auf Gegenseitigkeit in Unfallversicherungs- und Berufsgenossenschaften vereinigt. In den Unfallversicherungs-Genossenschaften sind, mit Ausnahme der Reichs- und Staatsbetriebe, sowie derjenigen Betriebe, die eine berufsgenossenschaftliche Organisation erhalten haben, alle unter das neue Gesetz fallenden Betriebe ohne Unterschied des Betriebszweiges versichert. Die Mittel zur Dedung der von einer Unfallversicherungs-Genossenschaft zu zahlenden Entschädigungsbeträge und der aufzuwendenden Verwaltungskosten werden von den Mitgliedern durch Beiträge aufgebracht, die so zu berechnen sind, daß dadurch außer den sonstigen Ausgaben der Genossenschaft der Kapitalwerth der ihr im Rechnungsjahr zur Last fallenden Renten gedeckt wird. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des den Regierungen mitgetheilten „Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Unfallversicherung.“

Aus Hessen wird geschrieben: Das Offenbacher Kreisamt lehnte im Februar dieses Jahres das Gesuch

eines Arbeiters ab, welcher in den hessischen Staatsverband aufgenommen sein wollte, weil der Verdienst desselben, M. 15—18 pro Woche, mit Rücksicht auf die dortigen Preisverhältnisse zur Ernährung einer Familie als unzureichend zu erachten sei. Der Arbeiter führte gegen diese höchst merkwürdige Entscheidung beim Ministerium Beschwerde und der Erfolg derselben war? Das Ministerium hat die Beschwerde abgewiesen und sich der Entscheidung des Kreisamtes angeschlossen. Damit wäre jetzt bis zur höchsten Instanz in Hessen amtlich festgestellt, daß ein wöchentlich Verdienst von M. 15—18 zur Ernährung einer Familie nicht ausreicht. Das ist Alles recht schön, aber man bedenke, daß für Offenbach der ortsübliche Tagelohn ebenfalls amtlich auf M. 2.20 festgesetzt ist, was einem Wochenlohn von M. 13.20 gleichkommt. Da dieses zweierlei Maß in der That höchst interessant ist, so hat der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich im hessischen Landtag folgende Interpellation eingebracht:

„Vom großherzogl. Ministerium des Innern und der Justiz ist unterm 8. Mai l. J. der in Burg (Bayern) gebürtige Arbeiter (Name) mit einer Beschwerde gegen das großherzogl. Kreisamt Offenbach, welches ihm die Aufnahme in den hessischen Staatsverband verweigerte, weil er mit M. 15—18 Wochenlohn nicht ausreichend genug verdiene, um eine Familie ernähren zu können, abgewiesen worden. Ich frage deshalb an:

1. Hat die großherzogl. Regierung einen bestimmten Lohn festgesetzt, welcher von den Arbeitern verdient werden muß, wenn sie das hessische Staatsbürgerrecht erwerben wollen?

2. Welche Grundsätze hat die Regierung für diese Festsetzung maßgebend sein lassen?

3. Wie ist die Abweisung des genannten Arbeiters mit dem Artikel 3 der Reichsverfassung und dem § 7 des Gesetzes vom 1. Juni 1870 zu vereinbaren?“

Die Beantwortung dieser Fragen dürfte interessante Debatten ergeben.

Der Organisationsplan für das deutsche Handwerk,

den der preussische Handelsminister im vorigen Jahre entworfen hatte, ist bekanntlich auf Seiten unserer Künstler nicht sympathisch aufgenommen worden. Dem Minister wurden zwar auf dem sogenannten „Handwerkertage“ in Berlin vor einigen Wochen allerlei Liebessmüdigkeiten für seinen guten Willen gesagt, aber in der Sache verhielten sich die Herren Künstler durchaus ablehnend; sie bestanden darauf, daß die Zwangsinnung und der Befähigungsnachweis unbedingt die Grundlage der Organisation sein müßten. Nach einer neuerlich durch die Blätter gehenden offiziellen Notiz scheint Herr v. Berlepsch geneigt zu sein, den Innungs-männern einen weiteren Schritt entgegenzukommen. Er läßt darnach einen neuen Entwurf ausarbeiten, der bis zum Herbst fertig werden soll. Während der vorjährige Entwurf, wie der Offizielle sich ausdrückt, daran krankte, daß er sowohl die Innungs- wie die Nichtinnungstreife gleichmäßig zu befriedigen und die beiden einander widerstrebenden Richtungen zu vereinigen trachtete, wird in dem neuen Plan dieser Weg verlassen und eine „durchaus getrennte Organisation für die Innungs- und die Nichtinnungshandwerker“ vorge schlagen werden. Näheres über die Sache wird einstweilen noch nicht verrathen, sondern nur in Aussicht gestellt, daß der neue Entwurf, nachdem er den verbündeten Regierungen mitgetheilt sein werde, unverzüglich veröffentlicht und zur allgemeinen Erörterung gestellt werden solle.

Das städtische Arbeitsamt in Eßlingen,

das nach dem Stuttgarter Muster gegründet und am 1. April dieses Jahres in Thätigkeit getreten ist, hat im ersten Monat seines Bestehens folgende Ergebnisse erzielt: Es haben sich 123 Arbeitgeber und 169 Arbeiter, hauptsächlich gewerbliche, an's Arbeitsamt gemeldet; es konnte aber nur ein Theil der Gesuche erledigt werden. Es wurden 28 Schreiner gesucht, 12 hatten sich zur Arbeit gemeldet; 8 Gesuchen um Malergehülfsen stand gar kein Angebot gegenüber. Ferner haben sich 29 Schlosser und 10 Eisendreher gemeldet, während in jedem der beiden Gewerbe nur ein einziger Arbeiter gesucht wurde; auch für 9 Wegergehülfsen, die um Arbeit anfragten, stand keine einzige Arbeitsstelle zur Verfügung. Fingendwische Schlüsse auf den Arbeitsmarkt überhaupt lassen sich aus diesen Zahlen natürlich nicht ziehen, denn sicherlich ist auch in Eßlingen, das nebenbei bemerkt, über 22 000 Einwohner zählt, der Stellenwechsel stärker als hier ange-deutet ist.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Zimmererstreik in Danzig wird nach wie vor recht energisch geführt und hat in der letzten Woche insofern an Ausdehnung gewonnen, daß die Tischler, die an einem größeren Bau die Zimmerarbeit verrichteten, die Arbeit eingestellt haben, was wir natürlich mit Freuden begrüßen. Von den streikenden Zimmerleuten waren bis Schluß der letzten Woche 60 Mann, unter denen sich mehr Verheirathete als Unverheirathete befinden, abgereist. Die auswärtigen Arbeitenden verlangen, daß noch mehr Kameraden nachkommen sollen, was auch geschieht. Zu Anfang dieser Woche sind wieder Viele abgereist, deren Zahl sich vor Redaktionschluß aber nicht mehr feststellen ließ. Mit dem Aushungern, was die Ausbeuter beabsichtigen, ist es also noch nichts, vielleicht verdorrt eher der Geldbeutel der Ausbeuter, ehe ein Streikender verhungert.

Die „Einigungsversuche“ des Herrn Bürgermeisters Daumbach, an denen man sich Hände und Füße wärmen

kann, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Mit dem Herrn werden wir nach Beendigung des Streiks einige Worte reden, vorläufig haben ihn die Danziger Zimmerer erkannt und das genügt. Eine bessere Person hätten sich die Ausbeuter garnicht ausfinden können, um ihnen die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

Die Ausbeuter und ihre Prestofolaten versuchen nun, das Gerücht auszulaprenge, die Lohnkommission hätte den Streik angezettelt und gebe sich alle Mühe, denselben aufrecht zu erhalten. Diese nichtswürdige Lüge verfehlt aber den Zweck vollständig, das Publikum kennt die Wahrheitsliebe der „Baugewerks-Innungsmeister“, und die streikenden Zimmerer kennen diese Gesellschaft erst recht. Sie beschließen in einer recht gut besuchten Versammlung einstimmig ein Vertrauensvotum für die Lohnkommission.

Zugung von Streikbrechern hat sich bisher noch nicht gezeigt, obgleich sich die Ausbeuter alle Mühe gegeben haben, solchen herbeizuschaffen. Ab und zu ist freilich ein Gimpel an den Leimruthen der Ausbeuter kleben geblieben und nach Danzig gekommen, aber dann sofort wieder abgereist, sobald ihm die Sachlage bekannt wurde.

Der Geist unter den Streikenden ist nach wie vor gut, der Sieg ist gewiß, falls die Danziger Zimmerer von den deutschen Arbeitern nicht verlassen werden, was wir nicht hoffen. Auf alle Fälle werden die Zimmerer Deutschlands ihr Möglichstes thun, ihren Kameraden zum Siege zu verhelfen. Alle Sendungen sind an Eugen Sellin, Danzig, Rittergasse 17, zu richten.

Der Berliner „Volkzeitung“ schreibt man aus Danzig:

„In dem Zustand der hiesigen Zimmergesellen sind Einigungsversuche unternommen worden, die zwar vorläufig als gescheitert angesehen werden müssen, welche aber die Hoffnung erwecken, daß der Streik bald beendet sein wird. Nachdem die Meister es abgelehnt haben, vor dem Einigungsamt weiter zu verhandeln, machte Sonnabend Mittag Oberbürgermeister Dr. Daumbach einen neuen Einigungsversuch. Er schlug vor, daß die Meister den „Durchschnittslohn“ von 33 auf 35 Pf. erhöhen und den unerhörten Rebers, dessen Wortlaut ich Ihnen bereits mitgetheilt habe, fallen lassen sollten. Die Meister akzeptirten diese Bedingungen, die Gesellen verwarfen sie jedoch in einer heute Nachmittag abgehaltenen Versammlung. Sie erklärten zwar, sie wollten von 40 auf 36 Pf. herabgehen, aber auf den „Minimallohn“ könnten sie, durch frühere Erfahrungen gewizigt, nicht verzichten. Der Streik kann übrigens nicht mehr lange bestehen, denn verschiedene große Bauten müssen unter allen Umständen in diesem Sommer fertig gestellt werden und Zugung von fremden Zimmerern ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Die Sympathien, welche sich die Gesellen wegen ihres ruhigen Verhaltens erworben haben, zeigen sich auch darin, daß sie von dem Publikum durch Arbeitsaufträge und Geldspenden unterstützt werden.“

Der Zimmererstreik in Warth

hat bis jetzt noch keine Veränderung erfahren, die sogenannten „Meister“ geben vor, daß sie es noch aushalten, unsere Kameraden lassen den Muth aber erst recht nicht sinken, denn verbungern kann man aber, ohne zu arbeiten, und zum Leben reicht der Lohn nicht aus, den die „Meister“ zahlen wollen. Die Streikenden reisen nach und nach ab, diese Woche sind nur noch acht am Ort. Sie werden anderswo gern in Arbeit genommen, weil gerade die Warther „Meister“ in der ganzen Umgegend Schundkonturrenz betreiben; durch den bisher gezahlten Hungerlohn war ihnen das möglich.

In der Umgegend finden sich keine Streikbrecher, obgleich sich die „Meister“ alle Mühe geben, solche aufzutreiben. Sie haben sich daher nach Stettin gewandt, und in einer Großstadt giebt es ja in der Regel Gesindel genug, das zu allen Schandthaten fähig ist. In voriger Woche kamen sechs solche Lumpen, hier an, sie ließen sich aber mit M. 3.80 Reisegeld pro Lump wieder abschieben. Einige Tage später wurden drei von diesen Lumpen zum zweiten Male nach hier geschleppt und zwar wie die Schweine, auf einem Weiterwagen. Sehr alt können sie hier aber trotzdem nicht werden, denn es sind solche Brüder, die kein Mensch zur Arbeit gebrauchen kann. Es ist nothwendig, daß der Zugung streng ferngehalten wird, der Sieg muß dann unser werden, trotz alledem. Briefe und sonstige Sendungen sind zu richten an Max Goldmann (nicht Goldmann, wie in voriger Nummer berichtet wurde), Warth in Pommern, Fischerstraße 396.

Aus Sternberg i. M.

wird uns geschrieben: Die diesjährige Lohnbewegung der Zimmerer hat dadurch ihren Abschluß gefunden, daß unsere Forderungen anerkannt und der „Lohntarif“, den die Meister einführen wollten, und der in Nr. 2 des „Zimmerer“ veröffentlicht worden ist, besiegelt wurde. Bekanntlich wurde auch einige Tage gestreikt. Bei dieser Gelegenheit sind 4 bis 5 Zimmerer von außerhalb nach hier gekommen, die dem Verbandsamt angehören; obgleich sie früher schon einmal Mitglieder waren, sind sie jetzt aus leicht erklärlichen Gründen Gegner, indessen hoffen wir, daß die bessere Einsicht doch bald siegen wird. An den Verbandskameraden hier wird es nun liegen, solche trübelige Erscheinungen wie dieses Frühjahr nicht wiederkehren zu lassen; verhindern können sie das, indem sie treu und fest zur Fahne halten und nicht so oft die Versammlungen verläßamen, welcher Uebelstand sich leider schon wieder fähigbar macht. Den Meistern können wir nur dadurch imponiren, indem wir jederzeit auf unserem Posten sind, der Schlandrian unter uns darf also nicht wieder aufkommen!

Unter den Zimmerleuten in Berlin ist von unseren Verbandskameraden ein Flugblatt verbreitet worden, in dem auf die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation verwiesen und zum Anschluß an den Verband aufgefordert wird. Dieses Vorgehen war nothwendig geworden, weil der „Vertrauensmann“ der Berliner Zimmerer, Fischer, seinen Posten zu Gunsten des „großen Vereins“ mißbraucht, indem er in den Flugblättern, die vom Generalfonds, zu dem auch Verbandsmitglieder steuern, bezahlt werden, zum Anschluß an den Verein auffordert, der dazu gegründet ist, die Zimmererbewegung Deutschlands zu zerstückeln. Leider kommt dieses Gebahren in dem Flugblatte nicht zum Ausdruck. Im Flugblatte heißt es sehr schön: „Der Verband deutscher Zimmerleute, zu dem der hiesige Lokalverband gehört, ist die Organisation der Zimmerer Deutschlands, deren Grundstein schon vor 25 Jahren gelegt ist. Als dann auf Grund des Sozialistengesetzes die Organisation unterdrückt wurde, waren es vor 10 Jahren wieder die Berliner Zimmerleute, die eine Neugründung veranlaßten. Seit jener Zeit besteht die Organisation. . .“ Hier wäre es am Plage gewesen, weiter zu sagen: „In der die Berliner Zimmerleute die Hauptrolle führen würden, wenn es nicht Leuten wie Obst, Dummer, Fischer usw. lieber wäre, die Berliner Zimmerleute zu isoliren und überhaupt kampfunfähig zu machen.“ Denn diese Thatsache wird kein Wortschreiben wollen. Es ist geradezu hohn; und von Kurzem bewilligt der „große“ Verein ganze M. 50 zum Danziger Streik. Er hat freilich nicht mehr, die Berliner Zimmerleute könnten aber mit Leichtigkeit ebenso viele Hundert, als der „große“ Verein einzelne Mark bewilligen, wenn eben dieser „große“ Verein garnicht existirte und alle Kameraden dem Verbands angehörten. Außerdem würden sich viele Mißstände im Berliner Zimmergewerbe garnicht vorfinden.

Von den „losen“ Zentralisationen wird oft behauptet, sie könnten mit geringeren Beiträgen auskommen als die Zentralverbände; das genaue Gegentheil hiervon zeigt wieder einmal „die Geschäftsleitung“ mit den langen Namen, resp. „der freien Organisation der Maurer und verw. Berufsangehörigen Deutschlands“. Diese erläßt einen Aufruf, in dem zunächst die Aufgaben der komplizirten Organisation etwas plausibel gemacht werden, und dann heißt es weiter: „Hierzu gehört aber auch Geld, haben wir dieses nicht, so ist es dem Vertrauensmann nicht möglich, irgend etwas zu thun. . . Wie oft wird; mancher Grobchen zwecklos ausgegeben, wohingegen, wenn er dem Generalfonds beigelegt wird, seinen Zweck niemals verfehlt. Mit Hilfe dieses Fonds soll doch der Vertrauensmann die Agitation betreiben. Auch sollen hiervon die etwa gemäßigten Kollegen unterstützt werden. Bei eintretenden Streiks sollen diese Gelder ebenfalls zur Unterstützung der Streikenden verwendet werden. . . Können Ihr Euch also da noch länger weigern, Euer Scherflein beizutragen? . . . Material, bestehend in Sammellisten, Dittungsarten und Marken im Werthe von 10, 15 und 20 Pf. sendet Euch die Geschäftsleitung. Damit nun aber auch die Agitation betrieben werden kann, ist es nöthig, auch der Geschäftsleitung Gelder zu überweisen; denn ohne Geld können auch wir nichts machen.“ Zu allen diesen Beiträgen kommt noch das Abonnement auf den „Bauhändler“ mit jährlich M. 4 und außerdem die Vereinsbeiträge, die M. 2,40 bis M. 4,80 pro Jahr ausmachen. Und da sage man noch, die „lose“ Zentralisation ist billiger als der Zentralverband!

Die Bauhandwerker in Bergedorf verbreiteten ein Flugblatt, worin dieselben das entstandene Gerücht von neuen Lohnforderungen und Eintreten in einen Streik zurückweisen, ihre in Bezug auf Abänderung des Lohns gestellten Forderungen näher präzisiren und das Verhalten der Meister denselben gegenüber dem Urtheil der öffentlichen Meinung übergeben. Die Hauptforderungen sind: Festsetzung der Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, an Sonnabenden eine halbe Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug und Auszahlung des Lohnes auf der Arbeitsstelle, sowie die Einrichtung einer heizbaren Baubude im Winter. Wir wünschen diesem Vorgehen den besten Erfolg.

Gewerbegerichtliches.

Muß der ohne Kündigungsfrist entlassene Arbeiter förmlich erklären, daß er Schadenersatz verlangt? Zu dieser Frage schreibt der Vorsitzende des Gewerbegerichts zu Halle a/S. in den „Mittheilungen des Verbandes deutscher Gewerbegerichte“ unter Anderem:

„Ein bloßes Stillschweigen ohne irgendwelche begleitenden Handlungen wird nun niemals als Einverständnis mit der Entlassung angesehen werden können, da kein Gesetz dem Arbeiter die Verpflichtung auferlegt, sich gegenüber einer gesetzlich ungerechtfertigten Entlassung zu erklären. Wohl aber wird der Fall oft so liegen, daß aus dem ganzen Verhalten des Arbeiters gegenüber einer Entlassungserklärung aus sein Einverständnis damit geschlossen werden muß; und zwar gilt dies besonders bei solchen Arbeitsverhältnissen, wo der Arbeiter in einem nahen persönlichen Verhältnis zu dem Arbeitgeber steht. Wenn ein kleiner Handwerker, der mit einem Gesellen arbeitet, zu diesem am Wochenschlusse bei der Lohnzahlung sagt: „Sie sehen, ich habe keine Arbeit mehr für Sie, ich kann Sie von heute ab nicht weiter beschäftigen,“ und der Geselle darauf, ohne zu widersprechen,

seinen Wochenlohn sowie seine Legitimations- und Versicherungspapiere in Empfang nimmt, seine Sachen packt und sich in aller Freundschaft verabschiedet, so würde es zu der größten Unbilligkeit führen, wenn man in einem solchen Falle nicht ein stillschweigendes Einverständnis des Gesellen mit der Entlassung annehmen wollte. Jedenfalls versteht in einem solchen Falle der Arbeiter den Arbeitgeber in den Glauben, daß er mit der sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden sei, während es ihn vielleicht nur ein Wort gekostet hätte, den Arbeitgeber zur Einhaltung der Kündigungsfrist zu veranlassen. Ganz anders liegt natürlich der Fall, wenn gelegentlich eines Streites der Arbeitgeber dem Arbeiter erklärt, er solle sofort aufhören. Wenn hier der Arbeiter stillschweigend seine Sachen packt, Lohn und Papiere in Empfang nimmt und sich entfernt, so wird hierin ein Einverständnis mit der sofortigen Entlassung nicht gefunden werden können; und dasselbe wird gelten müssen, wenn in einem Großbetriebe plötzlich eine Anzahl Arbeiter durch einen Beamten des Betriebsunternehmers entlassen wird.

„Verwandt hiermit ist die Frage, ob bei einem bereits bestehenden Arbeitsverhältnis die gesetzliche Kündigung durch eine stillschweigende Willenserklärung des Arbeiters ausgeschlossen werden kann. Auch diese Frage wird nach den vorentwickelten Rechtsgrundsätzen bejaht werden müssen. Denn auch in einer solchen Vereinbarung ist nicht ein Verzicht auf ein wohlverworbenes Recht, sondern der Abschluß eines neuen Vertrages zu finden. Wenn, wie dies öfters vorkommt, der Arbeitgeber vor seinen sämtlichen versammelten Arbeitern erklärt, von jetzt an solle jeder Arbeiter sofort entlassen werden bezw. die Arbeit niederlegen können und, wenn die Arbeiter ohne zu widersprechen, weiter arbeiten, so wird hierin ein stillschweigendes Einverständnis mit der Aenderung des Arbeitsvertrages zu finden sein; nicht aber schon dann, wenn der Arbeitgeber lediglich einen bezüglichen Ausgang in den Arbeitsräumen anbringt, da ein solcher als eine direkt an die Arbeiter gerichtete Willenserklärung nicht angesehen werden kann. Dagegen wird auch in der Kündigung einer neuen Arbeitsordnung, welche die Kündigung ausschließt, und dem widerspruchsfreien Weiterarbeiten der Arbeiter eine rechtsverbindliche neue Vereinbarung über den Ausschluß der Kündigung zu finden sein.“

Gewerbegerichtswahlen. Bei den am 27. Mai in Liegnitz stattgehabten Gewerbegerichtswahlen wurden 654 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 543, diejenigen der Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) 114 Stimmen. Zu wählen waren 6 Arbeitnehmer auf 6 Jahre, 1 auf 3 Jahre. Liegnitz gilt sonst als eine der Hochburgen der Harmonie-büchler, diese haben dort mindestens die Arbeiterschaft ganz versumpft gehabt. Dieses Wahlergebnis zeigt erfreulicher Weise, daß sich die Arbeiter in großen Massen von dem Gewerksvereinskram gefäubert haben. Vor der Wahl waren die Vorstandsmitglieder der Gewerksvereine an die Kommission der freien Gewerkschaften herangetreten behufs Abschließung von einem Kompromiß; dieses wurde jedoch von letzterer mit Rücksicht auf das Verhalten der Gewerksvereine gegen die freien Gewerkschaften abgelehnt. Dieses Verhalten billigen wir vollständig, laßt die Gewerksvereiner zu Denen gehen, wozu sie besser passen, zu den Krieger- und christlichen Arbeitervereinen. Wer sich mit Schmutz bemittelt, dem ist nichts Gutes bescheert!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Stuttgarter Polizei hat, wie das ja von Polizei wegen für ganz selbstverständlich gehalten wird, während des dortigen Schneiderstreiks in unverblümtester Weise Partei ergriffen für die Unternehmer gegen die Streikenden. Als man sah, daß die Chancen der Gehülften den Sieg zu erlangen, immer besser, diejenigen der Prinzipale immer schlechter wurden, geschah etwas ganz Unerwartetes: die ganze Lohnkommission, d. h. die hervorragend thätigen und an der Spitze stehenden Gehülften wurden verhaftet und wegen angeblichen „Vertrugs und Nöthigung“ in Anklagezustand versetzt. Die Verhafteten waren sich natürlich nicht bewußt, sich in solcher Beziehung verfehlt zu haben und auch die von der Polizei gelieferten Anhaltspunkte waren so belanglos, daß bereits nach ein bis zwei Tagen die Haftentlassung erfolgte. Nun hat die Sache ihren endgültigen gerichtlichen Abschluß gefunden, wie aus nachstehender Erklärung hervorgeht:

R. Staatsanwaltschaft Stuttgart.
Beschluss vom 21. Mai 1894.
In der Angelegenheit gegen Andreas Schneider von Woltertingen, Großh. Bad. Bezirksamts Donauwörth, Gottfried Schlumberger von Schlachten, D. A. Schorn-dorf, Gottlieb v. Schumann von Rosenbergl, Großh. Bad. Bezirksamts Adelsheim, sämtliche Schneider hier, wegen Anstiftung zum Betrug und Nöthigung wird das Verfahren unter Uebernahme der Kosten auf die R. Staatskasse eingestellt, da, wenn sie auch die Schneidergehülften Georg Pawlowky von Berlin, Friedrich Wanderer von Bayreuth, Georg Kallinich von Ortelsburg, Ernst Weinberg von Neu-Trebbin, Franz Joseph Berger von Maßitzbad, zum Vertragsbruch gegenüber der Firma Bender & Co. hier, bestimmten, doch nicht nachzuweisen ist, daß sie mit Drohung oder Gewalt oder sonst in strafbarer Weise auf dieselben eingewirkt oder dieselben veranlaßt haben, fernerhin noch auf Kosten der Firma Bender & Co. im Gasthaus „Zum Herzog Christoph“,

Christophstraße Nr. 16 hier, sich Nahrung und Wohnung geben zu lassen. Erster Staatsanwalt Restle.

Wir überlassen es angeichts dieser Sachlage den Lesern, sich den Kommentar zu Obigem selbst zu machen.

Literarisches.

Paul Lafargue, **Kommunismus und Kapitalismus.** Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung. Uebersetzt von R. Bernstein. Berlin 1894. Verlag des „Vorwärts“. 32 Seiten. Preis 20 ¢.

Eine treffliche Broschüre in guter Uebersetzung, die man als werthvolle Bereicherung unserer Parteiliteratur bezeichnen kann. In klarer, allgemein verständlicher Sprache wird die ökonomische Entwicklung, die Steigerung der Produktivität der Maschinen, die Proletarisirung breiter Bevölkerungsklassen, alle Momente, die zum Kommunismus führen, dargestellt. Wir können das gut ausgestattete Schriftchen, ein Separatdruck einer Artikelserie aus dem „Sozialdemokrat“, unseren Lesern auf's Wärmste empfehlen.

Leipziger Hochverrathsprozess 1872 wider Debel, Liebknecht und Seyper. Mit einer historischen Einleitung von Wilhelm Liebknecht. Neue Ausgabe in 20 Lieferungen von je 48 Seiten 8° à 20 ¢.

Das zweite Heft dieses den Genossen auf's Wärmste zu empfehlenden Leseerwerkes ist soeben erschienen. In demselben wird die Vorrede Liebknecht's zu Ende geführt und mit dem Berichte über die Verhandlungen begonnen, in denen die von der Geklagten Polizei überhandte räuberromantische Biographie Liebknecht's trotz aller Ablehnung als Nachwerk des Polizeidirektoren- und Spitzel-Chefs Stieber-Bermuth entlarvt wurde.

„**Rechtstrahlen**“, Blätter für volksverständliche Wissenschaft und atheistische Weltanschauung, zugleich Unterhaltungsblatt und literarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint vierzehntägig in 48 Seiten (48 Seiten größtes Octav) zum Preise von 25 ¢. (Verlag: Magazin für Volksliteratur, F. Harnisch & Co., Berlin W. 30.) Soeben erschien das 17. Heft des 4. Jahrganges.

Inhalt: Despotismus der Meinungen. — Die Wohnung. Aus dem Französischen überetzt von Bernhard Kampffmeyer. Von Peter Krapotkin. — Beiträge zur Geschichte und Erklärung des neuen Testaments. Von Heinrich Lannenberg. (Fortsetzung.) — Literatur und Moral. Eine kritische Studie von Tony Kellen. — Aphorismen über die Todesfurcht. Von G. A. — Aus der Zeit: Weiteres zur preussischen Schulpflicht. — In eigener Sache. — Frauenrecht. — Gedanken — nach Maß gebacht. — Literarisches. — Kleine Mittheilungen: Zur Verkürzung der Arbeitszeit. — Streiks. — Maschinen-Arbeitskräfte. — Unter schwarzer Flagge. — Das Feuilleton enthält: Rheinfahrt. Von Gustav Koepper. — Die Grebel. Realistischer Roman von Tony Kellen. (Fortsetzung.) — Va banque! Von Jan Klafen. — Beilage: Unseren Hausfrauen.

„**Die Zeitschwingen**“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung. Verlag von J. Beranek, Reichenberg in Böhmen, Friedländerstr. 12. Soeben erschien das 5. Heft, 5. Jahrgang. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Talent und Genie. — Der Fortschritt in der Geschichte. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung. — Der Kampf um's Dasein. — Drei Lebenswege, ein Gedicht.

„**Die Wohlfahrt**“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Beranek, Reichenberg, Böhmen, Friedländerstr. 12. Abonnementpreis pro Jahr fl. 1,50 = M. 3, einzelne Hefte 15 ¢.

Soeben erschien das 5. Heft des 1. Jahrganges; dasselbe weist folgenden Inhalt auf: Zur Impfsrage. Von D. Luc. Celsus. — Mene Tekel. Von J. Wilhelm. — Gesundheitspflege im Arbeiterheim. Von Klara Wuche. — Ursprung, Wesen und Heilung der Krankheiten. Von Dr. F. Bandmann. — Ueber die Luft und das Atmen. Von P. Chr. Martens. — Der Patient. Gedicht. — Rundschau. — Mannigfaltiges. — Hygienische Gedanken. — Vereinsnachrichten. — Bücherschau. — Briefkasten.

Quittung der Hauptkasse des Verbandes über eingegangene Gelder in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai 1894.

Gefandt sind von: Ahrensbad M. 12,6, Altdamm 16,97, Angermünde 13,86, Altona 92,8, Altenburg 26,69, Ahrensburg 18,41, Augsburg 10,43, Barth 8,74, Bremen 175,66, Bochum 57,13, Braunschweig 23,85, Breslau 232,98, Bielefeld 1,50, Bromberg 15,82, Berlin 195,10, Bergedorf 59,64, Barmen 45,50, Brinkum 19,50, Charlottenburg 28, Cöslin 45,50, Calbe 30,50, Celle 41,88, Cughaven 26,71, Cassel 13,47, Colberg 29,5, Cöpenick 5,60, Dortmund 43,30, Delmenhorst 86,77, Doberan 47,17, Dirschau 20,23, Danzig 70,96, Dresden 163,56, Düsseldorf 62,91, Duisburg 15,50, Eutin 36,60, Essen 19, Erfurt 26,75, Eisenach 3,83, Elmshorn 86,62, Eilenburg 21,70, Freiburg 15,7, Friedland 10,1, Fürth 11,26, Flensburg 83,43, Flottbek 50,54, Frankfurt a. M. 26,4, Glogau 18,69, Gadebusch 43,50, Gelsenkirchen 24,78, Gera 14,56, Guben 44,54, Görlitz 50,85, Grünberg i. Schl. 8,5, Grevesmühlen 35,56, Gotha 13,16, Goslar 26,25,

Greifenhagen 35,27, Gaarden 39,43, Güstrow 51,41, Harburg 47,73, Herne 23,12, Heidelberg 27,72, Hannover 37,82, Halberstadt 27,27, Hildesheim 26,50, Habersleben 12,68, Hamburg 2. Bez. 83,93, Hamburg 3. Bez. 106,33, Hamburg 4. Bez. 50,12, Hamburg 5. Bez. 56,49, Hamburg 6. Bez. 48,16, Hamburg 7. Bez. 195,80, Hamburg 8. Bez. 85,98, Hamburg 1. u. 11. Bez. 209,37, Hamburg 10. Bez. 39,28, Iphoe 55,69, Köln 27,59, Kiel 154,92, Karlshöhe 68,25, Kellinghusen 54, Königberg 57,19, Kaiserlautern 3,71, Ludwigshafen 22,44, Lauenburg 53,85, Lüneburg 37,3, Leipzig 66,46, Lehe-Geestemünde 219,65, Lübeck 334,60, Laage 32,53, Lockstedt 51,50, Lübz 32,95, Mainz 63,63, Münster 24,28, Malchin 33,4, München 102,16, Minden 69,2, Malchow 25,46, Nemel 14,70, Mannheim 4,50, Minden i. S. 5,25, Neubudow 22,31, Neumünster 154,75, Neubrandenburg 12,57, Neukloster 5, Nordhausen 7,50, Olfenstedt 14,28, Oberg 7, Ohlau 38,66, Ottersleben 19,11, Osnabrück 2, Osterburg 28,28, Pajewall 12,40, Penzlin 14,43, Pirch 7,30, Pirmasens 8,21, Pinneberg 48,87, Potsdam 22,43, Preetz 60,36, Pärchin 33,70, Quedlinburg 49,4, Reichenbach 6,30, Rehna 54, Rathenow 13,51, Richtenberg 14,2, Rendsburg 17, Rostock 53,33, Rawitzsch 6,65, Stuttgart 15, Stettin 191,50, Saarbrücken 9,20, Schleswig 13,18, Schwerin 64,48, Schwarzenbek 22, Stargard i. Pom. 57,49, Schwaan 35,25, Schwartau 49,92, Sangerhausen 16,95, Solingen 42,1, Sternberg 69,20, Stade 37, Steinbeck 55,68, Stenbal 20,52, Stralsund 40,25, Spandau 70,42, Schönberg i. M. 52,1, Spremberg 24,1, Thorn 23,81, Tangermünde 35,56, Uelzen 39,34, Ueterfen 17, Verden 16,27, Waren 19,64, Wittenburg 18, Wiesbaden 15,52, Wilhelmshaven 67,69, Wilhelmshagen 28,7, Warnemünde 5,15, Webel 2, Wandsbek 78,52, Weißensee 17,15, Gr. Wöckern 15,40, Wittenberge 82,18, Wolfenbüttel 28,22, Zarentin 13,72, Zweibrücken 7,56, durch Einzelzahler 249,35, F. Zander zurück 2,50, G. Gerth zurück 1, Prozesskosten zurück 26,5, Generalkommission 18, für Brotschüren 6,70, aus der Lokalkasse Offenbach 5,75, Stargard, vom Streif zurück 88,40, für einen Stempel von Reichenbach 1. Summa M. 7796,81.

Zu berichtigen ist, daß in der Jahresabrechnung (Nr. 18 d. Bl.) der Beitrag von Bielefeld irrtümlich in die 15. Rubrik gerathen ist; es sind dort 20 M bezahlt worden.
S. Müllerstein, Hauptkassirer.

Bekanntmachungen

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.** (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Vom 1. bis 31. Mai erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:

Berlin I M. 400, Berlin II 400, Bredow 100, Charlottenburg 50, Cöpenick 60, Döckenhuden 200, Dortmund 60, Dresden I 200, Dresden II 150, Elbing 100, Frankfurt a. M. 100, Frankfurt a. O. 40,36, Geesthacht 11,81, Güstrow 100, Hamburg I 100, Hamburg III 450, Hamburg IV 350, Hamburg-Eppendorf 150, Hamburg-Hamm 100, Hannover I 200, Hannover II 200, Hannover-Vinden 300, Harburg 100, Herzfelde 36, Kiel 150, Köln 50, Labiau 60,08, Langendiebach 80, Leipzig II 100, Lübeck 200, Magdeburg 80, Neustadt a. d. S. 36, Osnabrück 150, Potsdam 50, Sand 9, Schwerin 150, Stettin 200, Verden 75, Worms 15. Summa M. 5362,39.

Vom 1. bis 31. Mai erhielten Zuzuschuß die örtlichen Verwaltungen:

Altona M. 100, Bahreuth 90, Braunschweig 100, Bredow 200, Cölln a. d. E. 54, Doberan 100, Dortmund 100, Ebernforde 50, Geestemünde 50, Hamburg-Eimsbüttel 46, Hamburg-Georgswerder 30, Heidingsfeld 50, Kall 80, Mariendorf 50, Meiningen 50, Osterburg 30, Pajewall 30, Piborff 100, Schönberg 50, Schräb 60, Tremefen 20, Wiesbaden 24, Würzburg 50, Würzburg 100. Summa M. 1614.

J. Wirth, Hauptkassirer, Hamburg-Eilbek, Jungmannstraße 22.
Gelder sind nur an Obigen zu senden.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Abs. 4 sind folgende Mitglieder:
3061 (11334), 1. Kl., Hermann Curgol, geb. 16. Februar 1864 in Berlin.
15337 (12399), 2. Kl., Christian Müller, geb. 4. Februar 1868 in Kopenhagen.
16060 (3309), 2. Kl., Heinrich v. d. Ah, geb. 7. Januar 1871 in Stellingen.
18967 (6097), 2. Kl., Joseph Kurzbach, geb. 8. März 1869 in Perdauschte.
Der Vorstand.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

Altona. Mittwoch, den 13. Juni, bei Narjes, Blumenstraße 41.
Altenburg. Sonntag, den 10. Juni, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum goldenen Löwen“, Baurigergasse.
Berlin. Sonntag, den 10. Juni, Vormittags 10 Uhr, Alte Jakobstraße 75, Vorstandswahl.
Barmen. Sonntag, den 17. Juni, bei Wülfling, Oberböcker- und Röttger-Sträßenecke.
Frankfurt a. M. Donnerstag, den 14. Juni.
Gelsenkirchen. Sonnabend, den 16. Juni.

Halberstadt. Dienstag, den 12. Juni, in Vollmann's Lokal, Vatenstraße 63.
Hildesheim. Dienstag, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Mische.
Herne. Sonntag, den 17. Juni, bei Hochstede, Wilhelmstraße.
Kiel. Dienstag, den 12. Juni, in den Volkshallen, Kellinghusenstraße 12.
Lockstedt. Donnerstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, bei Schlüter.
Ludwigshafen. Jeden Sonnabend, 8 1/2 Uhr Abends, bei Peter Schulz, Friesenheimerstraße 47.
München. Sonntag, den 17. Juni, Vormittags 10 Uhr, im Passauer Hof, Dultstraße 4.
Münster i. W. Sonntag, den 17. Juni, bei A. Meinberg, Hörsterstraße 37.
Neubrandenburg. Sonntag, den 17. Juni, Pfaffenstraße 29.
Potsdam. Dienstag, den 12. Juni, bei Glaser, Brandenburger Kommunikation 16.
Schwerin. Dienstag, den 12. Juni.
Wandsbek. Mittwoch, den 13. Juni, bei Grunau, Hamburgerstraße.
Weißensee. Dienstag, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schottschneider, Lothringerstraße 30.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Anzeigen.

(Acht Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beige druckt. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Warmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzufenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Lokalverband Bremen.

Am **Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8 Uhr:**
Mitglieder-Versammlung
auf der Herberge.
Die Tagesordnung ist sehr wichtig, das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. [90 M] Der Vorstand.

Lokalverband Pinneberg und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung
in der Zentralthalle,
am **Samstag, den 17. Juni, Nachmittags 4 Uhr.**
Tagesordnung:
1. Erhebung der Beiträge. 2. Vorstandswahl. 3. Besprechung betreffs der Ausfahrt. 4. Verschiedenes.
NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig. [M. 1,10] Der Vorstand.

Lokalverband Elmshorn.

Mitglieder-Versammlung
am **Samstag, den 10. Juni, auf der Herberge.**
Da die Tagesordnung wichtig ist und auch Vorstandswahl stattfindet, so ist das Erscheinen sämtlicher Kameraden nothwendig. [80 M] Der Vorstand.

Zimmerer Dresden's.

am **Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,** im großen Saale des „Trianon“:

Große öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Haack über Großbetrieb und Kleinhandwerk.
2. Wahl einer Kontrollkommission betreffs der Ueberstunden-Arbeit.
3. Gewerkschaftliches.
Zu jedem Punkt Debatte.
Alle Verbandsmitglieder werden hierdurch ersucht, sich an der Vertheilung eines Flugblattes zu betheiligen und sich **Sonnabend, den 9. Juni, Abends 8 Uhr,** im Gasthaus „Zum goldenen Faß, Münzgasse 3, einzufinden. [M. 1,90] Der Vertrauensmann.

Bochum.

Die Mitgliederversammlung des Lokalverbandes findet **nicht** Sonntag, den 10. Juni, sondern erst **Montag, den 11. Juni, Abends 8 Uhr,** in der „Germaniahalle“ statt. [60 M] Der Vorstand.

Achtung! Spandau. Achtung!

Die Monatsversammlungen finden von jetzt ab am **Dienstag nach dem 15. eines jeden Monats, Abends 8 Uhr,** im Lokale des Herrn **Voß, Staakenstraße 14,** statt. [60 M] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).
Verwaltungsstelle Bremen.

Erstes Stiftungsfest, verbunden mit **Konzert, komischen Vorträgen und Ball,** am **10. Juni, Abends 6 Uhr,** im oberen Saale der Vereinshalle. Das Comité. [M. 3,30]

Fachschriften für die Baugewerbe in großer Auswahl. Franko-Zusendung bei Einsendung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.
Joh. Sassenbach, Bücher-Verfand und Verlag, Berlin 4.

Genossen! Kauft nur den **„Solidarität“** bei **Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.**

Berkehrslotale, Herbergen usw. (Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

Berlin N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
— W. Hipple, Markstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
— Julius Raumann, W., Rulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
Bergedorf. Zentralherberge und Verkehrslotal bei Joh. Bez., Lippertvierte 8.
Breslau. Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
Charlottenburg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Wischardstr. 74.
Danzig. Vereins- und Verkehrslotal (Privatlotale) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
Dresden. Verkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
— Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
— Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
Düsseldorf. „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslotal, sowie Zentralherberge.
Hamburg. Zentralherberge: Wld (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
Hamburg-St. Georg. Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
Hamburg-Eimsbüttel. Fr. Lemde, Verkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
Hamburg-Warmbeck. D. Niemeier, Wohltdorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
Hamburg-Warmbeck. Verkehrslotal für Zimmerer, Rud. Eberbrod, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Eisastraße.
Hannover. Versammlungslotal bei Wolke, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfint, Ballhofstr. 1.
Harburg. Versammlungslotal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
Kellinghusen. Herberge und Vereinslotale: H. Wrage, Volkshalle.
Leipzig. Verkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Gilies, Restauration, Universitätsstr. 6, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Univeritätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Al. Fleischerstraße, 3. Neubauer's Restaurant, Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Freische, Leipzigerstr. 3 und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
Lübeck. Verkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornmann, Schlumacherstr. 6/16.
Rostock. Verkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
Spandau. Zimmererherberge und Verkehrslotal bei H. Schulz, Adamstraße 9.
Stettin. Verkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislawstr. 22.
Stuttgart. Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
Wilhelmshaven. Verkehrslotal und Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshabenerstraße 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.